

Verordnung über die gymnasiale Oberstufe (VO-GO)

vom 1. August 1984 (GVBl. S. 723, 1170),

zuletzt geändert durch Verordnung vom 18. März 2004 (GVBl. S. 180)

Inhaltsübersicht

Abschnitt I

Allgemeines

- § 1 Geltungsbereich
- § 2 Gliederung der gymnasialen Oberstufe
- § 3 Unterrichtsangebot
- § 4 Leistungsbewertung
- § 5 Pflicht zur Kurswahl und Teilnahme am Unterricht
- § 6 Übergang in die gymnasiale Oberstufe, Überspringen der Einführungsphase
- § 7 Aufnahme in die gymnasiale Oberstufe

Abschnitt II

Einführungsphase

- § 8 Unterricht
- § 9 Übergang in die Kursphase

Abschnitt III

Kursphase

- § 10 Fächer und Aufgabenfelder
- § 11 Kurse und Kursfolgen
- § 12 Schullaufbahn
- § 13 Kurswahl
- § 14 (weggefallen)
- § 15 Wahl der Prüfungsfächer und der fünften Prüfungskomponente
- § 15 a Besondere Lernleistung
- § 16 Belegverpflichtungen in den Fächern und Aufgabenfeldern
- § 17 Grundlagen der Gesamtqualifikation
- § 18 Zurücktreten in den folgenden Schülerjahrgang, Verlassen der gymnasialen Oberstufe

Abschnitt IV

Allgemeine Prüfungsbestimmungen

- § 19 Zulassung zur Prüfung
- § 20 Zeitpunkt und Teile der Prüfung
- § 20 a Besondere Bestimmungen für Behinderte
- § 21 Prüfungskommission
- § 22 Fachausschüsse
- § 23 Teilnahme, Beschlussfassung
- § 24 Zuhörer und Gäste
- § 25 Nichtteilnahme an Prüfungen
- § 26 Täuschungen und andere Unregelmäßigkeiten

Abschnitt V

Prüfungsablauf

- § 27 Prüfungsaufgaben für die schriftliche Prüfung
- § 28 Durchführung der schriftlichen Prüfung
- § 29 Beurteilung der schriftlichen Prüfungsarbeiten
- § 30 Noten des vierten Kurshalbjahres
- § 31 Vorkonferenz, Ausschluss von der mündlichen Prüfung
- § 32 Mündliche Prüfung
- § 33 Prüfungsergebnis
- § 34 Zeugnisse, Bescheinigungen und Erwerb des schulischen Teils der Fachhochschulreife
- § 35 Wiederholung

Abschnitt VI

Sonderbestimmungen

- § 36 Zuständigkeit bei zusammenarbeitenden Schulen
- § 37 Besonderheiten des Fremdsprachenunterrichts
- § 38 Latinum, Graecum
- § 39 Informatik
- § 40 Sport
- § 40 a (weggefallen)
- § 41 Auslandsaufenthalt
- § 42 Schulwechsel
- § 43 Aufnahme in sonstigen Fällen
- § 44 Ausnahmefälle

Abschnitt VII

Sonderregelungen für einzelne Schulen

- § 45 Berufliche Gymnasien
- § 46 Französisches Gymnasium
- § 47 John-F.-Kennedy-Schule
- § 48 Weitere Schulen

Abschnitt VIII

Übergangs- und Schlussbestimmungen

- § 49 Übergangsbestimmungen
- § 50 Inkrafttreten

- Anlage 1 a Stundentafel der Einführungsphase
- Anlage 1 b Stundentafel der Einführungsphase der gymnasialen Oberstufe in beruflichen Gymnasien
- Anlage 1 c Stundentafel der Einführungsphase der gymnasialen Oberstufe der John-F.-Kennedy-Schule
- Anlage 2 Tabelle für die Bildung eines Prüfungsergebnisses bei schriftlicher und mündlicher Prüfung
- Anlage 3 Tabelle zur Ermittlung der Durchschnittsnote für den schulischen Teil der Fachhochschulreife

ABSCHNITT I Allgemeines

§ 1 Geltungsbereich

Die folgenden Bestimmungen gelten für die gymnasiale Oberstufe der Berliner Schule. Sie gelten nicht für Abendgymnasien und Kollegs.

§ 2 Gliederung der gymnasialen Oberstufe

- (1) Der Unterricht in der Einführungsphase (Jahrgangsstufe 11) gliedert sich in den Fundamentalbereich und in Profilkurse, die auf die Leistungskurse der Kursphase vorbereiten. Der Unterricht im Fundamentalbereich wird überwiegend im Klassenverband erteilt; soweit der Unterricht in einzelnen Fächern klassenunabhängig organisiert wird, werden Basiskurse eingerichtet.
- (2) Die Kursphase gliedert sich in vier Kurshalbjahre, wobei in der Jahrgangsstufe 12 das erste und zweite, in der Jahrgangsstufe 13 das dritte und vierte Kurshalbjahr durchlaufen wird.
- (3) Für die schulische Organisation der Kursphase und die Beratung der Schüler tritt an die Stelle des Klassenverbandes einer der Kurse, denen der Schüler angehört; es muss sich um einen Kurs handeln, der an der eigenen Schule stattfindet. Der Lehrer dieses Kurses ist der Tutor des Schülers.

§ 3 Unterrichtsangebot

- (1) Der Unterricht wird in Unterrichtsfächern entsprechend den Rahmenplänen erteilt.
- (2) Das Unterrichtsangebot der Schule bestimmt sich nach dieser Verordnung, nach den pädagogischen Schwerpunkten und organisatorischen Vorgaben der Schule, nach den personellen Möglichkeiten sowie gegebenenfalls nach weiteren Vorgaben der Schulaufsichtsbehörde. Kurse dürfen nur in Fächern eingerichtet werden, deren Fortsetzung an der Schule über einen längeren Zeitraum gesichert erscheint.
- (3) Die Fächer Sozialwissenschaften, Wirtschaftswissenschaft, Psychologie und Informatik dürfen, soweit sie nicht für bestimmte Schulen bereits durch diese Verordnung vorgeschrieben sind, nur mit Zustimmung der Schulaufsicht eingerichtet werden.
- (4) Über die in dieser Verordnung genannten Fächer hinaus dürfen neue Fächer mit Zustimmung der für das Schulwesen zuständigen Senatsverwaltung eingerichtet werden. Zur Erprobung dieser Fächer bestimmt die für das Schulwesen zuständige Senatsverwaltung das Nähere durch Verwaltungsvorschriften im Rahmen dieser Verordnung für die Dauer von bis zu insgesamt fünf Schuljahren, insbesondere über die Zuordnung zu einem Aufgabenfeld, über die Wahl zum Prüfungsfach und über die Einbringung in die Gesamtqualifikation.
- (5) Bei der Organisation des Unterrichts, insbesondere der Stundenplangestaltung, ist die Verpflichtung gemäß § 13 Abs. 5 des Schulgesetzes zu beachten, den Schülern die Teilnahme am Religionsunterricht gleichrangig neben anderen Fächern zu ermöglichen.

§ 4 Leistungsbewertung

- (1) Die Leistungen in den Kursen der Kursphase und in der Prüfung werden mit Noten bewertet; in den Notestufen 1 bis 5 werden die Noten bei Leistungen, die im oberen oder unteren Drittel der jeweiligen Notestufe liegen, durch Angabe der Notentendenzen plus (+) oder minus (–) ergänzt. Für die Ermittlung der Gesamtqualifikation werden die Zeugnisnoten für die vier Kurshalbjahre und die Noten für die Prüfungsleistungen nach folgendem Schlüssel in Punkte umgerechnet:

Note 1 entspricht	15 / 14 / 13	Punkten je nach Notentendenz,
Note 2 entspricht	12 / 11 / 10	Punkten je nach Notentendenz,
Note 3 entspricht	9 / 8 / 7	Punkten je nach Notentendenz,
Note 4 entspricht	6 / 5 / 4	Punkten je nach Notentendenz,
Note 5 entspricht	3 / 2 / 1	Punkten je nach Notentendenz,
Note 6 entspricht	0	Punkten.

- (2) Verlässt ein Schüler früher als vier Wochen vor Ende des Unterrichts in einem Schulhalbjahr das Gymnasium, so werden die Kurse dieses Halbjahres nur mit Noten, nicht aber mit Punkten bewertet; bei geringfügigen

Überschreitungen der Vier-Wochen-Frist entscheidet der Oberstufenausschuss. Werden in einem Leistungskurs des ersten bis dritten Kurshalbjahres alle Klausurarbeiten versäumt oder mit null Punkten bewertet, so wird der Kurs nicht mit Punkten bewertet.

(3) Mit null Punkten abgeschlossene, gemäß Absatz 2 nicht mit Punkten bewertete Kurse und Kurse, an denen weniger als sechs Unterrichtswochen lang teilgenommen wurde, gelten im Hinblick auf die Belegverpflichtungen und die Gesamtqualifikation als nicht belegt. Dies gilt auch für Kurse, die ohne Beurteilung geblieben sind.

§ 5

Pflicht zur Kurswahl und Teilnahme am Unterricht

(1) Der Schüler muss zu den von der Schule gesetzten Terminen die Basis- und Profilkurse der Einführungsphase sowie die Kurse der Kursphase wählen; unter den gewählten Kursen müssen sich alle Pflichtkurse (Leistungskurse und Pflichtgrundkurse) befinden. Der Schüler ist auf das Unterrichtsangebot der Schule und gegebenenfalls kooperierender Schulen gemäß § 36 beschränkt. Bei ausgebliebener, unvollständiger oder nicht realisierbarer Kurswahl bestimmt die Schule entsprechend ihren verbliebenen organisatorischen Möglichkeiten die vom Schüler zu besuchenden Kurse unter Berücksichtigung seiner Wünsche und der Erfordernisse seiner Schullaufbahn.

(2) Der Schüler ist bei der Planung seiner Schullaufbahn sowie bei allen Entscheidungen zu beraten. Er ist insbesondere im Hinblick auf die zu besuchenden Kurse, die Erfordernisse der Gesamtqualifikation und die sonstigen Auflagen zu einer zweckentsprechenden Planung und zur rechtzeitigen und vollständigen Abgabe der notwendigen Erklärung verpflichtet.

(3) Alle gemäß Absatz 1 besuchten Kurse müssen ebenso wie der nach der Stundentafel der Einführungsphase vorgesehene Unterricht bis zu ihrem regulären Ende besucht werden. Werden für das Fernbleiben vom Unterricht oder für das Nichtbringen von Leistungen Gründe genannt, die der Schüler nicht zu vertreten hat, so sind diese darzulegen; in Zweifelsfällen ist der Schüler auf Verlangen der Schule verpflichtet, Nachweise zu erbringen.

§ 6

Übergang in die gymnasiale Oberstufe, Überspringen der Einführungsphase

(1) In die Einführungsphase der gymnasialen Oberstufe gehen unmittelbar die Schüler über, die an einer öffentlichen oder anerkannten privaten Schule in Berlin

1. ein Zeugnis über die Versetzung in die Einführungsphase oder
2. ein dem Versetzungszeugnis im Sinne von Nummer 1 entsprechendes Abschlusszeugnis der Gesamtschule

erwerben. Ferner können auch Schüler in die Einführungsphase eintreten, die während der Klasse 10 des Gymnasiums zur Teilnahme am Schüleraustausch beurlaubt waren, wenn vom Schulleiter der aufnehmenden Schule unter Einbeziehung der während des Schüleraustausches erbrachten Leistungen ein hierfür ausreichender Leistungsstand festgestellt wird; sie unterliegen einer Probezeit von einem Schulhalbjahr, über deren Bestehen die Klassenkonferenz entscheidet. Wer die Probezeit bestanden hat, besitzt eine dem Realschulabschluss gleichwertige Schulbildung. Schüler, die die Probezeit nicht bestanden haben, müssen in das zweite Schulhalbjahr der Klasse 10 zurücktreten; über die Versetzung in die Einführungsphase wird allein aufgrund der Leistungen in diesem Schulhalbjahr entschieden. In die Einführungsphase können auch Schüler unmittelbar eintreten, die die Klasse 10 übersprungen haben; Sätze 2 bis 4 gelten entsprechend.

(2) Abweichend von Absatz 1 können Schüler, die in den Klassenstufen 7 bis 10 in einer zweiten Fremdsprache unterrichtet wurden und die mit ihren Kenntnissen und Leistungen ihre Mitschüler so weit überragen, dass sie in der bisherigen Lerngruppe nicht mehr angemessen gefördert werden können, auf Antrag der Erziehungsberechtigten oder des volljährigen Schülers unmittelbar in die Kursphase eintreten, wenn zu erwarten ist, dass sie dort erfolgreich mitarbeiten können. Die Entscheidung trifft die Klassenkonferenz oder der Jahrgangsausschuss der in der Klassenstufe 10 besuchten Schule. Die Entscheidung ist auf dem Zeugnis zu vermerken; die Schulaufsicht ist zu benachrichtigen. In besonderen Fällen kann der Oberstufenausschuss bis zum Ablauf der ersten drei Unterrichtsmonate auf Antrag die Entscheidung nach Satz 2 rückgängig machen.

§ 7

Aufnahme in die gymnasiale Oberstufe

(1) In die gymnasiale Oberstufe können unmittelbar

1. Schüler der Haupt- oder der Realschule

2. Absolventen der einjährigen Kaufmännischen Berufsfachschule, der Berufsfachschule für kaufmännische Assistenten, der einjährigen Berufsfachschulen gewerblich-technischer Fachrichtungen, Absolventen der einjährigen Grundstufe der dreijährigen Berufsfachschule für Hauswirtschaft oder Absolventen der Berufsfachschule für Bühnentanz und Artistik – Ausbildungsrichtung Bühnentanz –

aufgenommen werden, wenn sie das Abschlusszeugnis der Realschule oder einen gleichwertigen Bildungsstand erworben haben und wenn auf Grund hinreichender Fähigkeiten und Leistungen die Eignung für den Bildungsgang der gymnasialen Oberstufe erwartet werden kann.

(2) Bei Schülern der Hauptschule liegen hinreichende Leistungen nur vor, wenn über die für die Zuerkennung eines dem Realschulabschluss gleichwertigen Bildungsstandes erforderlichen Leistungen hinaus die Summe der Abschlussnoten in den Fächern Deutsch, Fremdsprache und Mathematik

1. nicht größer als fünf oder,
2. wenn eines dieser Fächer leistungsdifferenziert in Leistungsstufe A unterrichtet wurde, nicht größer als sechs oder,
3. wenn zwei dieser Fächer leistungsdifferenziert in Leistungsstufe A unterrichtet wurden, nicht größer als sieben

ist.

(3) Bei Schülern der Realschule liegen hinreichende Leistungen nur vor, wenn nach dem Zeugnis über den Realschulabschluss

1. in Deutsch, erster Fremdsprache und Mathematik mindestens befriedigende und
2. in allen übrigen Fächern Leistungen mit einem Durchschnitt von mindestens 3,0 erreicht wurden, wobei kein Fach schlechter als ausreichend bewertet sein darf.

Die Leistungen in den Fächern Musik, Bildende Kunst und Sport bleiben unberücksichtigt.

(4) Bei Schülern der Berufsfachschule liegen hinreichende Leistungen nur vor, wenn auf dem Zeugnis über den geforderten Abschluss

1. in den Fächern Deutsch, Mathematik und Fremdsprache die Leistungen mindestens mit befriedigend bewertet wurden und die Summe der Abschlussnoten in diesen Fächern nicht größer als sechs ist sowie
2. in allen übrigen Fächern Leistungen mit einem Durchschnitt von mindestens 3,0 erreicht wurden, wobei kein Fach schlechter als ausreichend bewertet sein darf.

Die Fächer Musik, Bildende Kunst, Sport und Maschineschreiben sowie bei Absolventen der Berufsfachschulen gewerblich-technischer Fachrichtungen und der Grundstufe der dreijährigen Berufsfachschule für Hauswirtschaft der fachpraktische Bereich oder das naturwissenschaftliche Praktikum bleiben unberücksichtigt.

(5) Für Schüler, die an den für Aussiedler oder für ausländische Schüler vorgesehenen Fördermaßnahmen teilgenommen haben, kann die für das Schulwesen zuständige Senatsverwaltung eine Überschreitung der hier nach maßgeblichen Leistungsgrenze in einem Fach um eine Notenstufe zulassen. Bei Schülern, die vor Beginn der Klassenstufe 10 die Realschule oder das Gymnasium wegen mehrmaliger Nichtversetzung verlassen mussten, ist ein Ausgleich ausreichender Leistungen nicht möglich.

(6) Auch wenn die Voraussetzungen der Absätze 2 bis 5 erfüllt sind, werden mangels ausreichender Eignung nicht aufgenommen

1. Schüler der Hauptschule, die bereits die Klassenstufe 10 der Realschule, der Gesamtschule oder des Gymnasiums ganz oder teilweise besucht haben,
2. Schüler der Realschule, die bereits die Klassenstufe 10 der Gesamtschule oder des Gymnasiums ganz oder teilweise besucht haben, und
3. Schüler der Berufsfachschule, die die Realschule oder das Gymnasium am Ende der Klassenstufe 10 wegen mehrmaliger Nichtversetzung verlassen mussten oder die die nach Absatz 4 erforderlichen Leistungen erst bei Wiederholung des für die Entscheidung maßgeblichen Unterrichtsabschnittes der Berufsfachschule erreicht haben.

(7) Die Einführungsphase der gymnasialen Oberstufe ist zugleich Probezeit, an deren Ende darüber entschieden wird, ob die gymnasiale Oberstufe verlassen werden muss. Die Probezeit ist in der Regel nicht bestanden bei einer Leistungsbewertung mit schlechter als ausreichend (entsprechend 5 Punkten) in drei Fächern ohne Ausgleich oder in vier Fächern mit Ausgleich bei entsprechender Anwendung des § 9 Abs. 3; Leistungen in den Profilkursen bleiben unberücksichtigt. Über Ausnahmen, insbesondere bei längerem Unterrichtsversäumnis während der Probezeit aus Gründen, die der Schüler nicht zu vertreten hat, entscheidet die Klassenkonferenz. Bei Schülern, die die Probezeit bestanden haben, wird gemäß § 9 entschieden, ob sie in die Kursphase versetzt werden.

(8) Schüler können an einer Schule nur aufgenommen werden, wenn der Unterricht angeboten wird, an dem sie – insbesondere auf Grund ihrer Vorkenntnisse in Fremdsprachen – teilnehmen müssen. Sie werden nur aufgenommen, wenn sie bei Eintritt in die Einführungsphase das 21. Lebensjahr noch nicht vollendet haben, wobei in Härtefällen die Schulaufsichtsbehörde eine Überschreitung der Altersgrenze zulassen kann.

ABSCHNITT II Einführungsphase

§ 8 Unterricht

(1) Der Umfang des Unterrichts, an dem der Schüler teilnehmen muss, ergibt sich insgesamt und in den einzelnen Fächern aus den Stundentafeln der Anlagen 1a und 1b. Profilkurse dürfen nur von Schülern besucht werden, die im gleichen Fach auch im Fundamentalbereich unterrichtet werden.

(2) Die Wahl der Basis- und Profilkurse gilt für das ganze Schuljahr, jedoch kann zum Beginn des zweiten Schulhalbjahres bei Vorliegen besonderer Umstände eine andere Wahl der Profilkurse zugelassen werden; zu diesem Zeitpunkt kann ein für die weitere Schullaufbahn nicht mehr benötigter Basis- oder Profilkurs abgewählt werden. Die Basiskurse und Profilkurse müssen so gewählt werden, dass in der Kursphase die erforderlichen und gewünschten Fächer fortgesetzt werden können.

(3) (weggefallen)

§ 9 Übergang in die Kursphase

(1) Zum Ende der Einführungsphase entscheidet die Klassenkonferenz unter Vorsitz des Schulleiters aufgrund aller Zeugnisnoten des zweiten Schulhalbjahres über die Versetzung, bei mehrmaliger Nichtversetzung auch über das Verlassen des Gymnasiums gemäß § 59 Abs. 3 des Schulgesetzes. Wird Unterricht epochal nur im ersten Halbjahr erteilt, so ist auch die Zeugnisnote für dieses Fach bei der Versetzungsentscheidung zu berücksichtigen. § 59 Abs. 3 des Schulgesetzes gilt auch für Schüler, die die Klassenstufe 10 der Gesamtschule wiederholt haben, jedoch sollen die Entscheidungen über Ausnahmen unter Berücksichtigung des gesamten Bildungsganges des Schülers getroffen werden.

(2) Ein Schüler wird in die Kursphase versetzt, wenn

1. höchstens eine Note mangelhaft oder ungenügend, alle übrigen aber ausreichend oder besser lauten, oder
2. einer ungenügenden und einer mangelhaften Note oder zwei mangelhaften Noten bei im Übrigen mindestens ausreichenden Noten ein Ausgleich gegenübersteht; wurden in demselben Fach sowohl im Fundamentalbereich als auch im Profilkurs schlechtere als ausreichende Leistungen erbracht, so wird nur eine der beiden unzureichenden Noten, und zwar die jeweils schlechtere, bei der Versetzungsentscheidung berücksichtigt.

(3) Als Ausgleich gelten gute oder sehr gute Leistungen in mindestens zwei verschiedenen Fächern. Sind die unzureichenden Leistungen nicht schlechter als „mangelhaft“ beurteilt, so können an die Stelle eines der beiden zum Ausgleich herangezogenen Fächer mit guten oder sehr guten Leistungen zwei verschiedene Fächer mit befriedigenden Leistungen treten. Es gelten folgende Einschränkungen:

1. Im gleichen Fach darf nur entweder die Note des Profilkurses oder die Note des Fundamentalbereiches zum Ausgleich herangezogen werden.
2. Unter den zum Ausgleich herangezogenen Fächern des Fundamentalbereiches dürfen sich höchstens eine mindestens gute oder zwei befriedigende Leistungen aus den Fächern Musik, Bildende Kunst und Sport befinden.

(4) Wegen schwerwiegender, vom Schüler nicht zu vertretender Gründe kann die Klassenkonferenz unter Vorsitz des Schulleiters auf Antrag zulassen, dass

1. ein Schüler, der die Voraussetzungen des Absatzes 2 nicht erfüllt, gleichwohl in die Kursphase übergeht, wenn zu erwarten ist, dass er dort erfolgreich mitarbeiten wird,
2. ein Schüler bereits vor Ende der Einführungsphase in den folgenden Schülerjahrgang zurücktritt und am Unterricht der Klasse 10 teilnimmt oder
3. ein Schüler, der die Klasse 10 oder die Einführungsphase noch nicht wiederholt hat und der die Voraussetzungen des Absatzes 2 erfüllt, in den folgenden Schülerjahrgang zurücktritt.

Solche schwerwiegenden Gründe liegen insbesondere bei längerer Krankheit oder vom Schüler nicht zu vertretendem Schulwechsel sowie während der ersten zwei Jahre des Besuchs einer deutschen Schule bei Schülern, deren Muttersprache nicht Deutsch ist, oder bei deutschen Aussiedlern vor. Dies gilt nicht für Schüler gemäß § 7 Abs. 1.

(5) Eine erneute Entscheidung über die Versetzung in die Einführungsphase im Fall des Absatzes 4 Satz 1 Nr. 2 oder über die Versetzung in die Kursphase im Fall des Absatzes 4 Satz 1 Nr. 3 wird nicht getroffen.

(6) Schüler gemäß § 7 Abs. 1 dürfen nach bestandener Probezeit auf Antrag die Einführungsphase wiederholen, auch wenn sie die Voraussetzungen des Absatzes 2 erfüllen; Absatz 5 gilt entsprechend. Wiederholen sie freiwillig oder wegen Nichtversetzung die Einführungsphase, so gelten dann für sie die allgemeinen Bestimmungen für die gymnasiale Oberstufe.

ABSCHNITT III Kursphase

§ 10 Fächer und Aufgabenfelder

(1) Die Fächer – außer Sport – sind folgenden Aufgabenfeldern zugeordnet:

1. Aufgabenfeld I (sprachlich-literarisch-künstlerisches Aufgabenfeld):
Deutsch (umfasst Sprache und Literatur), Englisch, Französisch, Italienisch, Japanisch, Polnisch, Russisch, Spanisch, Türkisch, Latein, Griechisch, Musik, Bildende Kunst, Darstellendes Spiel;
2. Aufgabenfeld II (gesellschaftswissenschaftliches Aufgabenfeld):
Politikwissenschaft, Geschichte, Erdkunde, Sozialwissenschaften, Psychologie, Philosophie, Wirtschaftswissenschaft
3. Aufgabenfeld III (mathematisch-naturwissenschaftlich-technisches Aufgabenfeld):
Mathematik, Physik, Chemie, Biologie, Informatik.

(2) Nur an beruflichen Gymnasien treten noch folgende Fächer hinzu:

1. in den Fachrichtungen Wirtschaft und Verwaltung:
Rechnungswesen, Recht (Aufgabenfeld II);
2. in der Fachrichtung Metalltechnik:
Technik (Schwerpunkt Metall- und Elektrotechnik, Aufgabenfeld III);
3. in der Fachrichtung Elektrotechnik:
Technik (Schwerpunkte Elektrotechnik oder Technische Informatik oder Medientechnik je nach Oberstufenzentrum, Aufgabenfeld III);
4. in der Fachrichtung Bautechnik:
Technik (Schwerpunkt Bautechnik, Aufgabenfeld III);
5. in den Fachrichtungen Chemie, Physik, Biologie:
Chemietechnik, Physiktechnik, Biologietechnik (Aufgabenfeld III);

6. in der Fachrichtung Ernährung und Hauswirtschaft:
Recht (Aufgabenfeld II),
Ernährungslehre, Lebensmitteltechnologie (Aufgabenfeld III).

§ 11 Kurse und Kursfolgen

- (1) Grundkurse dienen der zum Erwerb der allgemeinen Hochschulreife erforderlichen Grundbildung; sie umfassen in Sport zwei und im Übrigen drei Wochenstunden. Leistungskurse vermitteln erweiterte Kenntnisse und vertieftes wissenschafts-propädeutisches Verständnis; sie dienen im besonderen Maße der Sicherung der Studierfähigkeit und umfassen fünf Wochenstunden.
- (2) Für die einzelnen Fächer sind die in den Rahmenplänen vorgesehenen Folgen von Kursen zu beachten. Die Schule richtet in der Regel die Kursfolge 1/2/3/4 ein. Soweit es in einzelnen Fächern didaktisch wünschenswert erscheint und organisatorische Schwierigkeiten nicht zu erwarten sind, kann stattdessen ausnahmsweise die Kursfolge 3/4/1/2 eingerichtet werden. Zur Sicherung des Fächerangebotes kann auch jahrgangsübergreifender Unterricht eingerichtet werden. Die Kursfolge 3/4/1/2 sowie jahrgangsübergreifender Unterricht sollen nur eingerichtet werden, wenn ihre Fortsetzung an der Schule über einen längeren Zeitraum gesichert erscheint.
- (3) Außerhalb der Kursfolgen sind zusätzliche in den Rahmenplänen beschriebene Kurse als Ergänzung zu Leistungs- oder Grundkursen möglich; diese können keine Pflichtkurse ersetzen.
- (4) Ein Schüler darf in jedem Kurshalbjahr in jedem Fach nur einen Kurs aus der Kursfolge nach Absatz 2 besuchen.
- (5) In Seminarkursen (Grundkurse), die als Zusatzkurse im Sinne von Absatz 3 gelten, soll die inhaltliche und methodische Gestaltung fachübergreifendes und fächerverbindendes Lernen unter besonderer Berücksichtigung der individuellen Begabung und der außerhalb der Schule erworbenen Kompetenzen sowie vertieftes wissenschaftspropädeutisches Arbeiten ermöglichen. Sie werden für die Dauer von zwei aufeinander folgenden Halbjahren konzipiert und dürfen nur als Doppelkurs belegt werden.

§ 12 Schullaufbahn

- (1) Für den Abschluss der gymnasialen Oberstufe werden die Leistungen aus vier Kurshalbjahren (Jahrgangsstufen 12 und 13) berücksichtigt. Die Halbjahre der Kursphase werden vom ersten bis zum vierten Kurshalbjahr in aufsteigender Reihenfolge durchlaufen. Die höchstzulässige Dauer des Besuchs der gymnasialen Oberstufe beträgt vier, bei Wiederholung der Abiturprüfung fünf Jahre, soweit sich nicht im Einzelfall aus den folgenden Regelungen eine andere Verweildauer ergibt.
- (2) Während des Besuchs der gymnasialen Oberstufe ist das Zurücktreten in den folgenden Schülerjahrgang nach Maßgabe der §§ 9 und 18 einmal möglich. Bei Schülern gemäß § 7 Abs. 1 steht die Wiederholung der Einführungsphase einem weiteren Zurücktreten in den folgenden Schülerjahrgang nicht entgegen. Bei längerem Unterrichtsversäumnis infolge Krankheit oder anderer vom Schüler nicht zu vertretender Umstände kann ausnahmsweise vom Oberstufenausschuss ein abermaliges Zurücktreten in den folgenden Schülerjahrgang oder ein Zurücktreten in den übernächsten Schülerjahrgang zugelassen werden. Sofern die Abiturprüfung nicht bestanden wird und wiederholt werden darf, kann der Schüler noch ein weiteres Mal in den folgenden Schülerjahrgang zurücktreten.
- (3) Jeder Schüler gehört während des Besuchs der Kursphase zu jedem Zeitpunkt einem der vier Kurshalbjahre an. Wird der Schüler – insbesondere nach Unterbrechung des Schulbesuchs oder Zurücktreten in den folgenden Schülerjahrgang – in ein Kurshalbjahr eingegliedert, so durchläuft er die weiteren Kurshalbjahre bis zum Ende der Kursphase in der Reihenfolge gemäß Absatz 1. Werden hierbei eines oder mehrere dieser vier Kurshalbjahre mehrmals besucht, so darf nur das jeweils zuletzt besuchte Kurshalbjahr für den Abschluss der gymnasialen Oberstufe berücksichtigt werden, es sei denn, beim abermaligen Durchlaufen bleibt das Kurshalbjahr – insbesondere wegen Krankheit oder Beurlaubung – unbewertet.
- (4) Kurse in den nicht mehr zu berücksichtigenden Kurshalbjahren gelten als nicht besucht. Dies gilt auf Antrag dann nicht, wenn sie nach den Feststellungen des Schulleiters
- a) Pflichtkurse sind,
 - b) von der Schule in den bis zum Ende der Kursphase noch zu durchlaufenden Halbjahren nicht mehr angeboten oder vom Schüler aus stundenplantechnischen Gründen nicht mehr besucht werden können und

- c) nicht durch andere Kurse desselben oder eines anderen Faches in den bis zum Ende der Kursphase noch zu durchlaufenden Halbjahren ersetzt werden können.

Bei jahrgangsübergreifendem Unterricht oder umgestellter Kursfolge gelten stattdessen Kurse desselben Faches aus der Kursfolge gemäß § 11 Abs. 2 aus anderen, früher durchlaufenen Kurshalbjahren als nicht besucht.

(5) Wenn aus schulorganisatorischen Gründen die Schullaufbahn nicht mehr zu Ende geführt werden könnte – insbesondere wenn kein weiterer Schülerjahrgang folgt oder wenn Fächer an der Schule nicht mehr angeboten werden –, kann die Schulaufsicht

- a) zulassen, dass die Noten einzelner fehlender Kurse jeweils durch die Gesamtnote einer besonderen in dem jeweiligen Fach durchgeführten schriftlichen und mündlichen Prüfung, der die Unterrichtsinhalte und Lernziele des zu ersetzenden Kurses zugrunde liegen, ersetzt werden, oder
- b) Ausnahmen von den Bestimmungen des Absatzes 3 sowie des § 11, § 15 Abs. 13, § 16, § 18 Abs. 3 und § 37 zulassen.

Dies gilt entsprechend, um in Ausnahmefällen Schülern aus pädagogischen Gründen die Fortsetzung eines Faches zu ermöglichen.

§ 13 Kurswahl

(1) Der Schüler stellt beim Übergang in die Kursphase einen Übersichtsplan für seine weitere Schullaufbahn auf, der von der Schule zu genehmigen ist. Der Schüler kann im Rahmen der gegebenen organisatorischen und pädagogischen Bedingungen für jedes Kurshalbjahr den Übersichtsplan ändern. Der Übersichtsplan muss geändert werden, wenn er nicht mehr realisiert werden kann. § 5 Abs. 1 gilt entsprechend.

(2) Die Kurse werden entsprechend dem Übersichtsplan jeweils für ein Schuljahr gewählt. Die Kurswahl kann nur geändert werden, wenn auch der Übersichtsplan geändert wird.

(3) Aus den Bestimmungen über die Prüfungsfächer und die Pflichtkurse ergeben sich die zulässigen Wahlkombinationen. Die gewählte Kombination muss es ermöglichen, alle Pflichtkurse in die Gesamtqualifikation einzubringen, und sie darf nicht zu mehr als acht Leistungskursen und 24[®] in die Gesamtqualifikation einzubringenden Pflichtgrundkursen führen. Über die nach § 17 Abs. 1 in die Gesamtqualifikation einzubringenden Kurse hinaus können im Rahmen der organisatorischen, insbesondere personellen Möglichkeiten der Schule weitere zusätzliche Grundkurse besucht werden.

§ 14 (weggefallen)

§ 15 Wahl der Prüfungsfächer und der fünften Prüfungskomponente

(1) Der Schüler wählt beim Übergang in die Kursphase aus dem Angebot der Schule zwei Leistungskursfächer als erstes und zweites Prüfungsfach sowie sein drittes und viertes Prüfungsfach und entscheidet bei der Wahl der fünften Prüfungskomponente zwischen einer mündlichen Prüfung in einem weiteren Fach und einer Besonderen Lernleistung.

(2) Unter den ersten drei Prüfungsfächern muss sich mindestens ein Fach mit zentraler Aufgabenstellung befinden.

(3) Unter den ersten vier Prüfungsfächern muss sich aus jedem der drei Aufgabenfelder mindestens ein Fach befinden. Deutsch oder eine spätestens in Klassenstufe 9 begonnene Fremdsprache, außer Japanisch, Türkisch und Polnisch, muss Prüfungsfach sein; ist Deutsch erstes Leistungskursfach, so muss daneben Mathematik oder eine Fremdsprache Prüfungsfach sein.

(4) Erstes Leistungskursfach darf nur eine mindestens seit der Klassenstufe 9 durchgehend erlernte Fremdsprache oder eines der Fächer Deutsch, Mathematik, Physik, Chemie oder Biologie sein.

(5) Ein Fach kann nur zum Leistungskursfach gewählt werden, wenn der Schüler in demselben Fach in beiden Halbjahren der Einführungsphase im Fundamentalebereich oder – im Fall des Überspringens der Einführungsphase gemäß § 6 Abs. 2 oder einer Beurlaubung während der Einführungsphase – in der Klassenstufe 10 unterrichtet wurde; dies gilt nicht für in der Einführungsphase epochal unterrichtete Fächer, wenn an diesem Unter-

[®] im Falle der Wahl einer mündlichen Prüfung in einem weiteren Fach nicht mehr als 25 in die Gesamtqualifikation einzubringende Pflichtgrundkurse (siehe § 17 Abs. 1 Nr. 3)

richt teilgenommen wurde und für Fremdsprachen, wenn außerhalb der Schule Kenntnisse erworben wurden, die eine erfolgreiche Mitarbeit erwarten lassen.

(6) Unter den zum dritten und vierten Prüfungsfach gewählten Fächern darf sich nur eines der Fächer Musik, Bildende Kunst oder Sport befinden. Politikwissenschaft kann nicht zugleich mit einem der Fächer Geschichte, Sozialwissenschaften und Wirtschaftswissenschaft Prüfungsfach sein.

(7) Ein Fach kann nur zum dritten oder vierten Prüfungsfach gewählt werden, wenn der Schüler in demselben Fach in beiden Halbjahren der Einführungsphase im Fundamentaltbereich oder – im Fall des Überspringens der Einführungsphase gemäß § 6 Abs. 2 oder einer Beurlaubung während der Einführungsphase – in der Klassenstufe 10 unterrichtet wurde; Absatz 5 Halbsatz 2 gilt entsprechend.

(8) Darstellendes Spiel darf nicht zum Prüfungsfach gewählt werden. Sport sowie eine in der Einführungsphase begonnene Fremdsprache dürfen nur zum vierten Prüfungsfach gewählt werden.

(9) Eine Besondere Lernleistung als fünfte Prüfungskomponente setzt voraus, dass sie einem oder mehreren schulischen Referenzfächern zugeordnet werden kann und dass die Besondere Lernleistung oder deren wesentliche Bestandteile noch nicht anderweitig im Rahmen der Schule angerechnet wurden.

(10) Für die mündliche Prüfung im Rahmen der fünften Prüfungskomponente kann jedes als Prüfungsfach zugelassene und von der Schule angebotene Fach gewählt werden, sofern es nicht bereits erstes bis viertes Prüfungsfach ist.

(11) Änderungen sind zulässig bei der Wahl

1. der Leistungskursfächer im Rahmen der organisatorischen Möglichkeiten der Schule bis zum Eintritt in die Kursphase; eine spätere Änderung ist nur bis zum Ende des 12. Jahrgangs bei gleichzeitigem Rücktritt in den nachfolgenden Schülerjahrgang möglich,
2. des dritten Prüfungsfaches spätestens am Beginn des 3. Kurshalbjahres und
3. des vierten Prüfungsfaches spätestens im Zusammenhang mit der Zulassung zur Abiturprüfung.

Bei der fünften Prüfungskomponente sind Änderungen nur zulässig, wenn spätestens

1. am Ende des ersten Kurshalbjahres eine Besondere Lernleistung,
2. im zweiten Kurshalbjahr eine kursbezogene Arbeit oder
3. im Zusammenhang mit der Zulassung zur Abiturprüfung eine mündliche Prüfung in einem weiteren Fach gewählt wird.

(12) Bei Änderung der Prüfungsfächer oder der fünften Prüfungskomponente sind Wechsel nur zu Fächern möglich, die vom Beginn der Einführungsphase an durchgängig belegt wurden; Absatz 5 Halbsatz 2 gilt entsprechend.

(13) In jedem Halbjahr der Kursphase ist in jedem Leistungskursfach ein Kurs zu belegen. Im dritten und vierten Prüfungsfach ist in jedem Halbjahr in jedem dieser Fächer ein Pflichtgrundkurs zu belegen; findet als fünfte Prüfungskomponente eine mündliche Prüfung in einem weiteren Fach statt, gilt die Belegverpflichtung für dieses Fach entsprechend.

§ 15 a Besondere Lernleistung

(1) Die Besondere Lernleistung besteht aus

1. einer schriftlichen Hausarbeit, die sich aus der Teilnahme an zwei Seminarkursen ergibt, sich auf einen gewählten Kurs bezieht oder ein Beitrag im Rahmen der Teilnahme an einem Wettbewerb ist, und
2. einem Kolloquium.

Sie ist ihrem inhaltlichen Schwerpunkt entsprechend einem in der gymnasialen Oberstufe unterrichteten Fach (Referenzfach) zuzuordnen. Ihr Ergebnis wird in den dritten Block der Gesamtqualifikation eingebracht.

(2) Für das Einbringen der Seminarkurse nach Absatz 1 Nr. 1 gilt § 17 Abs. 5 in Verbindung mit § 17 Abs. 3 Nr. 4.

(3) Die kursbezogene Arbeit muss im Arbeitsaufwand den Ergebnissen zweier Halbjahreskurse entsprechen und im wissenschaftspropädeutischen Charakter den üblichen Abituranforderungen vergleichbar sein; der Arbeitsweg ist zu dokumentieren. Die kursbezogene Arbeit ist vom Schüler im zweiten Kurshalbjahr zu beantragen; das jeweilige Thema wird von der für den Bezugskurs zuständigen Lehrkraft im Einvernehmen mit dem Schulleiter genehmigt.

(4) Die Wettbewerbe, bei denen die Wettbewerbsarbeiten im Rahmen der Besonderen Lernleistung eingebracht werden können, werden von der für das Schulwesen zuständigen Senatsverwaltung festgelegt. Absatz 3 Satz 1 gilt entsprechend. Einzubringen sind der Wettbewerbsbeitrag selbst und – soweit nötig – die zusätzliche, gegebenenfalls ergänzende schriftliche Dokumentation. Das Einbringen bedarf der Zustimmung des Schulleiters. Der Antrag muss spätestens zu Beginn des ersten Kurshalbjahres der Schulleitung vorliegen.

(5) Das Kolloquium wird von einem Fachausschuss gemäß § 22 durchgeführt. Für die Beurteilung der schriftlichen Arbeit gilt § 29 mit der Maßgabe, dass

1. für die Zweitkorrektur vom Vorsitzenden der Prüfungskommission auch ein Fachgutachter außerhalb der Berliner Schule bestimmt werden kann und
2. die endgültige Note vom Fachausschuss nach Abschluss des Kolloquiums festgelegt wird.

§ 16

Belegverpflichtungen in den Fächern und Aufgabenfeldern

(1) Für Leistungs- und Prüfungsfächer gelten die in § 15 Abs. 13 genannten Belegverpflichtungen. Zusätzlich sind in jedem Kurshalbjahr Pflichtgrundkurse in Deutsch, in einer Fremdsprache, in Mathematik, in einem der Fächer Physik, Chemie, Biologie sowie in Sport zu besuchen, wenn diese Fächer nicht bereits Prüfungsfächer sind. Die Verpflichtungen in einer Fremdsprache oder einem naturwissenschaftlichen Fach können nur durch ununterbrochenen Unterricht in diesem Fach erfüllt werden. In der Jahrgangsstufe 12 sind zusätzlich zwei Kurse in einer spätestens in Klasse 9 begonnenen Fremdsprache zu besuchen, wenn die Verpflichtungen nach Satz 2 durch eine erst in der Einführungsphase begonnene Fremdsprache erfüllt werden. Die Verpflichtungen in einer Fremdsprache können nicht mit Japanisch, Türkisch oder Polnisch erfüllt werden, es sei denn, diese Fächer werden zum Prüfungsfach gewählt.

(2) Im ersten Aufgabenfeld ist aus einem der Fächer Musik, Bildende Kunst oder Darstellendes Spiel entweder in den ersten beiden Halbjahren oder in den letzten beiden Halbjahren je ein Pflichtgrundkurs zu besuchen; diese Verpflichtung entfällt bei Schülern, die mit dem Unterricht in der zweiten Fremdsprache erst in der Einführungsphase begonnen haben.

(3) Im zweiten Aufgabenfeld sind bei der Wahl von Geschichte zusätzlich zwei Pflichtgrundkurse im Fach Politikwissenschaft (Kurs 3 und 4) zu belegen. Bei der Wahl von Politikwissenschaft, Erdkunde, Wirtschaftswissenschaft, Sozialwissenschaften, Psychologie oder Philosophie sind jeweils zwei Pflichtgrundkurse (Kurs 3 und 4) im Fach Geschichte zu belegen.

(4) Im dritten Aufgabenfeld sind die Kurse 1 und 2 oder die Kurse 3 und 4 entweder aus dem Fach Physik oder aus dem Fach Chemie als Pflichtkurse zu belegen.

(5) Zusätzlich zu den Pflichtgrundkursen sind mindestens so viele weitere Grundkurse zu besuchen, dass 22 Grundkurse in den ersten Block der Gesamtqualifikation gemäß § 17 Abs. 1 Satz 2 Nr. 1 eingebracht werden können. Die Bestimmungen der Abschnitte VI und VII über weitere Pflichtkurse bleiben unberührt.

§ 17

Grundlagen der Gesamtqualifikation

(1) Die allgemeine Hochschulreife wird auf Grund einer Gesamtqualifikation zuerkannt, die sich aus der Addition der Punkte für die Kurse der Kursphase und für die Prüfungsleistungen ergibt. Für die Ermittlung der Gesamtqualifikation werden

1. im ersten Block die Leistungen von 22 Grundkursen einfach,
2. im zweiten Block die Leistungen der sechs in den ersten drei Kurshalbjahren belegten Leistungskurse zweifach und die Leistungen der zwei im vierten Kurshalbjahr belegten Leistungskurse einfach sowie
3. im dritten Block die Leistungen der vier im vierten Kurshalbjahr belegten Kurse der Prüfungsfächer, darunter die beiden bereits für den zweiten Block berücksichtigten Leistungskurse, einfach, die Leistungen in den vier Prüfungsfächern in der Prüfung selbst dreifach sowie entweder die Leistungen in der mündlichen Prüfung in einem weiteren Fach dreifach und die Leistungen des im vierten Kurshalbjahr in diesem Fach belegten Kurses einfach oder das Ergebnis der Besonderen Lernleistung mit bis zu 60

Punkten gewertet. Dabei werden die Beurteilung der schriftlichen Hausarbeit – im Falle des Wettbewerbsbeitrags der Wettbewerbsarbeit – dreifach und die des Kolloquiums einfach gewertet.

(2) In die Gesamtqualifikation müssen eingebracht werden:

1. die Leistungskurse gemäß § 15 Abs. 13 Satz 1.
2. die Pflichtgrundkurse in den weiteren Prüfungsfächern gemäß § 15 Abs. 13 Satz 2,
3. die weiteren Pflichtgrundkurse gemäß § 16 mit Ausnahme der Pflichtgrundkurse in Sport, sowie
4. die weiteren Pflichtgrundkurse nach den Bestimmungen der Abschnitte VI und VII, soweit in diesen Sonderregelungen nichts Abweichendes bestimmt ist.

Darüber hinaus müssen die weiteren Grundkurse in die Gesamtqualifikation eingebracht werden, die zum Erreichen von 22 Grundkursen im ersten Block der Gesamtqualifikation erforderlich sind.

(3) Für die Einbringung in die Gesamtqualifikation gelten folgende Einschränkungen:

1. Kurse – auch unterschiedlicher Fächer – mit wesentlichen inhaltlichen Überschneidungen dürfen nicht nebeneinander in die Gesamtqualifikation eingebracht werden.
2. In einem Fach darf jeder der in der Kursfolge gemäß § 11 Abs. 2 vorgesehenen Kurse nur einmal in die Gesamtqualifikation eingebracht werden; wird ein Kurs mehrmals belegt, so darf nur der jeweils zuletzt belegte in die Gesamtqualifikation eingebracht werden.
3. In einem Fach dürfen nur entweder Grund- oder Leistungskurse in die Gesamtqualifikation eingebracht werden. Zusätzlich zu den Leistungskursen im gleichen Fach belegte Grundkurse dürfen nur dann in die Gesamtqualifikation eingebracht werden, wenn es sich um Zusatzkurse gemäß § 11 Abs. 3 handelt, jedoch nicht mehr als insgesamt zwei in beiden Leistungskursfächern. Zusatzkurse gemäß § 11 Abs. 3, die einen Grundkurs ergänzen, können nur in die Gesamtqualifikation eingebracht werden, wenn in diesem Fach mindestens zwei Grundkurse in unterschiedlichen Halbjahren belegt wurden; dies gilt nicht für das Fach Musik.
4. In einem Fach dürfen höchstens fünf – in Sport höchstens drei – Grundkurse in den ersten Block der Gesamtqualifikation eingebracht werden.
5. Aus den Fächern Musik, Bildende Kunst und Darstellendes Spiel dürfen insgesamt höchstens acht Kurse, darunter höchstens zwei Grundkurse Ensemblesmusik, eingebracht werden.
6. Aus dem zweiten Aufgabenfeld dürfen höchstens acht Kurse in die Gesamtqualifikation eingebracht werden; Kurse in Psychologie und in Philosophie werden bei dieser Einschränkung nicht mitgerechnet.

(4) In Fächern, in denen nur die Belegung von zwei Kursen erforderlich ist, können im ersten und zweiten Kurshalbjahr belegte Grundkurse auch einzeln durch im dritten und vierten Kurshalbjahr zusätzlich belegte Grundkurse ersetzt werden, im zweiten Aufgabenfeld jedoch nur, wenn damit die Bedingungen des § 16 Abs. 3 noch erfüllt werden.

(5) In den ersten Block der Gesamtqualifikation dürfen bis zu zwei Seminarkurse eingebracht werden.

§ 18

Zurücktreten in den folgenden Schülerjahrgang, Verlassen der gymnasialen Oberstufe

(1) Am Ende des ersten Kurshalbjahres kann der Schüler mit Zustimmung des Oberstufenausschusses in den folgenden Schülerjahrgang zurücktreten, wenn er bereits so viele unzureichende Leistungen erbracht hat, dass er die Kursphase ohne Wiederholung dieses Kurshalbjahres nicht mehr erfolgreich besuchen könnte, und wenn das Zurücktreten in die Einführungsphase organisatorisch möglich ist. Am Ende der Einführungsphase geht der Schüler in die Kursphase über, ohne dass eine erneute Versetzungsentscheidung getroffen wird.

(2) Am Ende des zweiten Kurshalbjahres kann der Schüler in den folgenden Schülerjahrgang zurücktreten; einer Zustimmung des Oberstufenausschusses bedarf es hierzu nicht. Hat er zu diesem Zeitpunkt bereits so viele unzureichende Leistungen erbracht, dass er die Kursphase nicht mehr erfolgreich abschließen kann, muss er in das erste Kurshalbjahr zurücktreten oder die gymnasiale Oberstufe verlassen.

(3) Wird der Schüler gemäß § 19 nicht zur Abiturprüfung zugelassen oder tritt er gemäß § 25 von der Abiturprüfung zurück, so tritt er sofort in den folgenden Schülerjahrgang zurück, es sei denn, er muss die gymnasiale Oberstufe gemäß § 35 Abs. 2 Satz 2 verlassen.

ABSCHNITT IV Allgemeine Prüfungsbestimmungen

§ 19 Zulassung zur Prüfung

- (1) Unverzüglich nach Beginn des vierten Kurshalbjahres entscheidet der Schulleiter aufgrund der Noten des ersten bis dritten Kurshalbjahres über die Zulassung zur Abiturprüfung; die Entscheidung ist den Kandidaten schriftlich mitzuteilen.
- (2) Die Kandidaten werden zur Prüfung zugelassen, wenn sie
 1. einschließlich der im vierten Kurshalbjahr belegten Kurse alle Verpflichtungen nach den §§ 15 und 16 erfüllen und
 2. unter Zugrundelegung bestmöglicher Ergebnisse der noch ausstehenden Kurse die gymnasiale Oberstufe noch erfolgreich abschließen können.
- (3) Die Nichtzulassung gilt als Nichtbestehen der Prüfung, es sei denn, der Kandidat kann noch gemäß § 12 Abs. 2 Satz 1 bis 3 in den folgenden Schülerjahrgang zurücktreten.

§ 20 Zeitpunkt und Teile der Prüfung

- (1) Die Abiturprüfung besteht aus einem schriftlichen und einem mündlichen Teil. Die schriftliche Prüfung wird jeweils unmittelbar vor den Osterferien durchgeführt. Die einheitlichen Termine für Fächer mit zentraler Aufgabenstellung sowie die weiteren Prüfungstermine werden von der Schulaufsichtsbehörde zu Beginn des Schuljahres bekannt gegeben, in dem die Prüfung stattfindet.
- (2) Im ersten bis dritten Prüfungsfach findet eine schriftliche Prüfung statt.
- (3) In dem vierten Prüfungsfach und in der fünften Prüfungskomponente wird jeder Kandidat mündlich geprüft. In höchstens zwei der drei schriftlichen Prüfungsfächer können zusätzlich mündliche Prüfungen stattfinden. In einem dieser Fächer kann der Vorsitzende der Prüfungskommission eine mündliche Prüfung ansetzen. In einem weiteren Fach oder, falls der Vorsitzende der Prüfungskommission keine Prüfung ansetzt, in zwei Fächern ist eine mündliche Prüfung anzusetzen, soweit der Kandidat dies wünscht.
- (4) Im Falle der Besonderen Lernleistung ist die schriftliche Arbeit spätestens im dritten Kurshalbjahr am 20. Dezember abzugeben; der Termin wird vom Schulleiter festgelegt. Der Termin des Kolloquiums, der nicht vor der schriftlichen Abiturprüfung liegen darf, wird vom Vorsitzenden der Prüfungskommission festgelegt.

§ 20 a Besondere Bestimmungen für Behinderte

- (1) Behinderten sind auf Antrag Erleichterungen zu gewähren, die die Schwere und Art der Behinderung berücksichtigen.
- (2) Der Antrag soll spätestens vier Wochen vor Beginn der Prüfung beim Schulleiter schriftlich gestellt werden. Der Schulleiter legt den Antrag unverzüglich dem Vorsitzenden der Prüfungskommission zur Entscheidung vor, der die Vorlage einer ärztlichen Bescheinigung verlangen kann.

§ 21 Prüfungskommission

- (1) Für die Durchführung der Prüfung wird eine Prüfungskommission gebildet; ihre Mitglieder müssen der Studienratslaufbahn angehören. Vorsitzender ist ein Beauftragter der Schulaufsichtsbehörde; er bestellt die weiteren Mitglieder. Weitere Mitglieder sind der Schulleiter, sofern er nicht selbst Vorsitzender ist, sowie sein Ständiger Vertreter und die Pädagogischen Koordinatoren. Sind hierdurch weniger als vier Mitglieder bestimmt, so werden zusätzlich so viele Fachbereichsleiter zu weiteren Mitgliedern berufen, dass die Zahl von vier Mitgliedern erreicht ist.
- (2) Der Vorsitzende bestellt den Schriftführer aus der Mitte der Mitglieder der Prüfungskommission.
- (3) Gehört der Schulleiter nicht der Studienratslaufbahn an, werden die ihm nach den §§ 12, 19, 22, 23, 25, 29 und 41 obliegenden Aufgaben vom zuständigen Pädagogischen Koordinator wahrgenommen.

§ 22 Fachausschüsse

- (1) In den Prüfungsfächern werden für die Durchführung der mündlichen Prüfungen und der Kolloquien Fachausschüsse aus jeweils einem Vorsitzenden und zwei weiteren Lehrkräften gebildet. Den Vorsitzenden des Fachausschusses, der die Befähigung zur Anstellung als Studienrat besitzen muss, bestellt der Vorsitzende der Prüfungskommission. Die beiden weiteren Lehrkräfte, darunter in der Regel die Lehrkraft des vierten Kursjahres, werden vom Schulleiter bestellt. Die Mitglieder des Fachausschusses müssen in dem jeweiligen Fach ihre Lehramtsprüfung abgelegt oder unterrichtet haben. Im Falle der Besonderen Lernleistung sollen bei der Bestellung der Mitglieder des Fachausschusses diejenigen Fächer berücksichtigt werden, denen die Besondere Lernleistung zuzuordnen ist.
- (2) Die Mitglieder der Prüfungskommission können an allen Prüfungen und Beratungen der Fachausschüsse mit beratender Stimme teilnehmen. Der Vorsitzende der Prüfungskommission kann außerdem in allen Prüfungen und Beratungen in den Fachausschuss eintreten und den Vorsitz übernehmen; er kann ein anderes Mitglied der Prüfungskommission sowie den für das Prüfungsfach zuständigen Fachbereichs- oder Fachleiter zeitweilig als weiteres Mitglied in den Fachausschuss berufen oder ihm den Vorsitz im Fachausschuss übertragen.

§ 23 Teilnahme, Beschlussfassung

- (1) Die Mitglieder der Prüfungskommission oder eines Fachausschusses sind zur Teilnahme an den Sitzungen verpflichtet.
- (2) Die Prüfungskommission und die Fachausschüsse sind beschlussfähig, wenn alle Mitglieder anwesend sind. Sie beschließen mit der Mehrheit der abgegebenen Stimmen; bei Stimmengleichheit gibt die Stimme des jeweiligen Vorsitzenden den Ausschlag. Stimmenthaltung ist nicht zulässig. In den Fällen des § 26 Abs. 1 ist die Teilnahme des Vorsitzenden der Prüfungskommission nicht erforderlich; er wird in diesem Fall vom Schulleiter vertreten.

§ 24 Zuhörer und Gäste

- (1) Lehrkräfte der Schule und die Studienreferendare, die der Schule zur Ausbildung zugewiesen sind oder deren Fachseminarleiter an der Schule tätig ist, dürfen mit Zustimmung des Prüfungsvorsitzenden bei der mündlichen Prüfung und bei den Beratungen der Fachausschüsse zuhören.
- (2) Gäste dürfen nur bei der mündlichen Prüfung anwesend sein. Als Gäste sind je Prüfungstag bis zu zwei von der Gesamtelternvertretung bestimmte Elternvertreter, deren Kinder nicht zum Kreis der Kandidaten gehören, und bis zu acht von der Gesamtschülervertretung bestimmte Schüler der Kursphase, die nicht zum Kreis der Kandidaten gehören, zuzulassen. Bei jeder Einzelprüfung dürfen nur jeweils insgesamt zwei Eltern- und Schülervvertreter mit Zustimmung des Kandidaten anwesend sein.
- (3) Über die Zulassung als Zuhörer oder Gast entscheidet der Vorsitzende der Prüfungskommission. In besonders begründeten Fällen können weitere Personen als Gäste zugelassen werden.
- (4) Die Befugnisse der Staatlichen Schulaufsicht bleiben unberührt.

§ 25 Nichtteilnahme an Prüfungen

- (1) Der Oberstufenausschuss kann den Rücktritt von der Prüfung gestatten, wenn ein Bestehen der Abiturprüfung auf Grund der bisherigen Leistungen nicht zu erwarten ist, sofern der Kandidat dies bis zum Ablauf des zweiten Unterrichtstages nach Bekanntgabe der Zulassung beantragt. Der Rücktritt gilt als Nichtbestehen der Prüfung, es sei denn, der Kandidat kann noch gemäß § 12 Abs. 2 Satz 1 bis 3 in den folgenden Schülerjahrgang zurücktreten.
- (2) Hat ein Kandidat aus von ihm nicht zu vertretenden Gründen wesentliche Teile des Unterrichts im vierten Kurshalbjahr versäumt, so kann die Prüfungskommission noch bis zum Beginn der mündlichen Prüfung seinen Rücktritt gestatten. Bereits erbrachte Prüfungsleistungen entfallen in diesem Fall.
- (3) Nimmt ein Kandidat aus von ihm zu vertretenden Gründen an der gesamten Abiturprüfung oder an Teilen der schriftlichen oder mündlichen Prüfung einschließlich der Besonderen Lernleistung nicht teil, so gilt die Abiturprüfung als nicht bestanden. Die Entscheidung trifft die Prüfungskommission.
- (4) Kann ein Kandidat aus von ihm nicht zu vertretenden Gründen an der gesamten Prüfung oder an Teilen der schriftlichen oder mündlichen Prüfung nicht teilnehmen, so hat er dies unverzüglich nachzuweisen; bei Prüfungs-

unfähigkeit aus gesundheitlichen Gründen ist unverzüglich ein ärztliches Attest vorzulegen. In Zweifelsfällen kann der schulärztliche Dienst hinzugezogen werden. Der fehlende Prüfungsteil wird zu einem vom Vorsitzenden der Prüfungskommission im Einvernehmen mit dem Schulleiter zu bestimmenden Zeitpunkt nachgeholt. Der Schulleiter entnimmt die Prüfungsaufgaben der schriftlichen Prüfung den nicht gewählten Aufgabenvorschlägen; ist dies nicht möglich, so werden gemäß § 27 Abs. 1 neue Aufgaben gestellt. Im Falle zentral gestellter Prüfungsaufgaben werden die Nachholtermine von der Schulaufsichtsbehörde festgesetzt.

§ 26

Täuschungen und andere Unregelmäßigkeiten

(1) Hat ein Kandidat bei einer Prüfungsleistung

1. getäuscht oder zu täuschen versucht oder
2. andere als zugelassene Hilfsmittel in den Vorbereitungs- oder Prüfungsraum mitgebracht,

so ist unter Würdigung aller in Betracht kommenden Umstände des Einzelfalls nach Maßgabe der folgenden Absätze zu verfahren.

(2) Steht ein Kandidat in dem begründeten Verdacht, eine Täuschung begangen zu haben, oder wird er beim Begehen einer Täuschung bemerkt, wird die Prüfung in diesem Fach bis zur Entscheidung der Prüfungskommission unterbrochen; die Entscheidung über die Unterbrechung trifft der Aufsichtführende, während des Verlaufs der mündlichen Einzelprüfung der Fachausschuss. Der Prüfungsvorsitzende und der Schulleiter sind unverzüglich zu informieren.

(3) Ist die Täuschung von geringem Umfang und eindeutig zu begrenzen, so wird der unter Täuschung entstandene Teil der Leistung als nicht erbracht bewertet. Geht die Täuschung über die in Satz 1 genannten Voraussetzungen hinaus, so wird die gesamte Leistung mit ungenügend bewertet.

(4) Bei besonders schweren Fällen von Täuschung kann der Kandidat von der weiteren Prüfung ausgeschlossen werden. Die Abiturprüfung gilt dann als nicht bestanden.

(5) Wer durch eigenes Verhalten die Prüfung so schwerwiegend behindert, dass die ordnungsgemäße Durchführung der eigenen Prüfung oder die anderer gefährdet ist, kann von der weiteren Prüfung ausgeschlossen werden. Die Abiturprüfung gilt dann als nicht bestanden.

(6) Die Entscheidungen gemäß den Absätzen 3 bis 5 trifft die Prüfungskommission. Zuvor soll sie die für die Stellung der Prüfungsaufgabe des betroffenen Prüfungsteils verantwortliche Lehrkraft, den für dieses Fach zuständigen Fachbereichs- oder Fachleiter, die aufsichtführende Lehrkraft sowie den Kandidaten und seinen Tutor hören. Die Entscheidungen gemäß den Absätzen 4 und 5 sind der Schulaufsichtsbehörde unverzüglich mitzuteilen.

(7) Wird innerhalb eines Jahres nach Abschluss der Abiturprüfung eine Täuschung festgestellt, so entscheidet die Schulaufsichtsbehörde, ob die Abiturprüfung als nicht bestanden und das Abiturzeugnis für ungültig erklärt werden.

(8) Werden Aufgabenstellungen vor Beginn der schriftlichen oder mündlichen Prüfung Unberechtigten bekannt, dürfen sie nicht verwendet werden. Über das weitere Verfahren entscheidet die Schulaufsichtsbehörde.

(9) Stellt sich innerhalb eines Jahres nach der schriftlichen oder mündlichen Prüfung heraus, dass die Aufgabenstellung für die schriftliche oder mündliche Prüfung Unberechtigten bekannt gewesen ist, muss die jeweilige Prüfung ganz oder in Teilen wiederholt werden. Die Entscheidung darüber trifft die Schulaufsichtsbehörde.

§ 27

Prüfungsaufgaben für die schriftliche Prüfung

(1) Die Aufgaben für die schriftliche Prüfung werden von der Schulaufsichtsbehörde zentral gestellt oder aus Vorschlägen der Schule ausgewählt und genehmigt. Die Schulaufsichtsbehörde kann die Aufgabenvorschläge ändern oder durch neue ersetzen oder die Schule zur Abgabe neuer oder geänderter Aufgabenvorschläge auffordern.

(2) Grundlage der Prüfungsaufgaben sind die Kurse des ersten bis vierten Kurshalbjahres bis zum Eintritt in die schriftliche Prüfung.

(3) Die Aufgaben dürfen den Kandidaten erst bei Beginn der jeweiligen Arbeit bekannt werden. Jedes vorzeitige Bekanntwerden der Themen oder Aufgaben führt zur Ungültigkeit dieses Prüfungsteils. Der Umschlag mit den

Aufgaben darf erst am Tage der Prüfung geöffnet werden, sofern nicht ein vorzeitiges Öffnen ausdrücklich zugelassen ist.

(4) Näheres über die Art, den Umfang und die Konstruktion der Aufgaben, über die den Kandidaten eingeräumte Bearbeitungszeit und Wahlmöglichkeiten, über das weitere Verfahren, insbesondere über die den Aufgabenvorschlägen beizufügenden weiteren Angaben, Materialien und Bewertungskriterien bestimmt die für das Schulwesen zuständige Senatsverwaltung.

§ 28

Durchführung der schriftlichen Prüfung

(1) Die schriftliche Prüfung findet unter Aufsicht statt. Es dürfen nur die bei den Aufgaben angegebenen oder allgemein zugelassenen Hilfsmittel benutzt werden. Stellt sich während einer Arbeit heraus, dass weitere Hilfen unentbehrlich sind, so kann diese ein an der Aufgabenstellung beteiligter Lehrer geben. Hilfen für einzelne Kandidaten sind nicht zulässig, es sei denn, sie sind bei Aufgabenstellungen, die ein Schülerexperiment umfassen, für den Fall des Misslingens des Experiments ausdrücklich zugelassen.

(2) Die schriftlichen Arbeiten sind spätestens mit Ablauf der zugelassenen Arbeitszeit zusammen mit allen Entwürfen und Aufzeichnungen sowie sämtlichen zur Verfügung gestellten Unterlagen abzugeben.

§ 29

Beurteilung der schriftlichen Prüfungsarbeiten

(1) Jede Arbeit einschließlich der Entwürfe wird von dem für die Aufgabenstellung verantwortlichen Lehrer, in den Fächern mit zentraler Aufgabenstellung von dem jeweiligen Leiter des Kurses des vierten Kurshalbjahres durchgesehen und beurteilt. In besonderen Fällen wird diese Aufgabe von einem anderen vom Vorsitzenden der Prüfungskommission auf Vorschlag des Schulleiters zu bestimmenden Lehrer wahrgenommen.

(2) Jede Arbeit wird von einem zweiten Lehrer des jeweiligen Faches durchgesehen und beurteilt, der vom Vorsitzenden der Prüfungskommission bestimmt wird. Mindestens einer der beiden Lehrer muss die Befähigung zur Anstellung als Studienrat haben.

(3) Die endgültige Note setzt der Vorsitzende der Prüfungskommission fest. Er ist berechtigt, zur Beurteilung einer schriftlichen Arbeit selbst ein Gutachten anzufertigen oder einen weiteren Lehrer mit der Anfertigung eines solchen Gutachtens zu beauftragen. Unter Angabe von Gründen, die schriftlich niedergelegt werden müssen, darf er im Benehmen mit dem Erst- und Zweitgutachter von deren Beurteilung der schriftlichen Prüfungsarbeiten abweichen.

(4) Im Widerspruchsverfahren kann die für das Schulwesen zuständige Senatsverwaltung weitere Fachgutachten in Auftrag geben; sie setzt auf der Grundlage der Prüfungsunterlagen und der zusätzlichen Fachgutachten die Endnote fest.

§ 30

Noten des vierten Kurshalbjahres

(1) Drei bis zwei Wochen vor der mündlichen Prüfung werden die Noten und Punkte der Kurse des vierten Kurshalbjahres festgelegt. Überschneidet sich dieser Zeitraum mit Ferien, so kann die Schulaufsichtsbehörde eine sinngemäße Anpassung dieser Termine vornehmen.

(2) Die Noten und Punkte der Kurse des vierten Kurshalbjahres werden den Kandidaten umgehend schriftlich bekannt gegeben. Die Kandidaten teilen bis zu einem von der Schule festgelegten Termin mit, welche Grundkurse sie endgültig in den ersten Block der Gesamtqualifikation nach § 17 einbringen.

§ 31

Vorkonferenz, Ausschluss von der mündlichen Prüfung

(1) Rechtzeitig vor der mündlichen Prüfung findet eine Sitzung der Prüfungskommission (Vorkonferenz) statt. In der Vorkonferenz wird festgestellt, welche Kandidaten von der mündlichen Prüfung ausgeschlossen werden. Ferner teilt der Vorsitzende mit, für welche Kandidaten in welchem der schriftlichen Prüfungsfächer er eine zusätzliche mündliche Prüfung ansetzt.

(2) Von der mündlichen Prüfung wird ausgeschlossen, wer

1. nicht alle Bedingungen des § 33 Abs. 2 Satz 1 Nr. 1 bis 4 erfüllt,
2. nicht in mindestens einer schriftlichen Prüfung mindestens 5 Punkte der einfachen Wertung erzielt hat oder

3. auch bei maximalen Ergebnissen mündlicher Prüfungen beziehungsweise der Besonderen Lernleistung im dritten Block der Gesamtqualifikation die für das Bestehen der Abiturprüfung erforderlichen Leistungsbewertungen nicht erreichen kann.

Wer von der mündlichen Prüfung ausgeschlossen wird, hat die Abiturprüfung nicht bestanden.

(3) Eine Woche vor dem Beginn der mündlichen Prüfungen gibt die Schule den Kandidaten die bereits feststehenden Ergebnisse der Prüfung sowie die Fächer der mündlichen Prüfungen bekannt. Nach der Bekanntgabe dieser Prüfungsfächer findet für die Kandidaten kein Unterricht mehr statt. § 30 Abs. 1 Satz 2 gilt entsprechend.

(4) Nach dieser Bekanntgabe kann jeder Kandidat bis zu einem von der Schule festgelegten Termin schriftlich eines oder, falls der Vorsitzende der Prüfungskommission selbst keine Prüfung angesetzt hat, zwei der schriftlichen Prüfungsfächer benennen, in denen er geprüft werden will; für die benannten Fächer sind ebenfalls Prüfungen anzusetzen.

§ 32 Mündliche Prüfung

(1) Spätestens am Tage vor der ersten mündlichen Prüfung wird vom Vorsitzenden der Prüfungskommission festgestellt, welche Veränderungen sich auf Grund der Nennung weiterer Fächer für mündliche Prüfungen ergeben haben. Zugleich wird festgestellt, welche Kandidaten die Abiturprüfung nicht mehr bestehen können; diese Kandidaten werden von der mündlichen Prüfung ausgeschlossen.

(2) Die mündlichen Prüfungen finden vor Fachausschüssen statt. Sie werden als Einzelprüfungen durchgeführt. Bei der fünften Prüfungskomponente findet die mündliche Prüfung als Kolloquium statt. Sie kann als Gruppenprüfung zugelassen werden. In diesem Fall ist durch Begrenzung der Gruppengröße auf bis zu fünf Kandidaten und die Art der Aufgabenstellung dafür Sorge zu tragen, dass die individuelle Leistung eindeutig erkennbar ist.

(3) Mündliche Prüfungen dauern in der Regel 20, Kolloquien 30 Minuten. Den Kandidaten ist eine Vorbereitungszeit von 20 Minuten unter Aufsicht zu gewähren, soweit nicht für einzelne Aufgabenstellungen vom Prüfungsvorsitzenden eine längere Vorbereitungszeit genehmigt wird. Die Vorbereitungszeit für ein Kolloquium als mündliche Prüfung in einem weiteren Fach wird vom Prüfungsvorsitzenden festgelegt.

(4) Prüfer ist ein Mitglied des Fachausschusses, und zwar in der Regel die Lehrkraft, die den Kandidaten zuletzt im Prüfungsfach unterrichtet hat. Der Vorsitzende des Fachausschusses ist berechtigt, Fragen zu stellen und darüber hinaus im Verlauf der Prüfung die Funktion des Prüfers zu übernehmen, wenn dies für den ordnungsgemäßen Ablauf der Prüfung erforderlich ist; er muss den übrigen Mitgliedern des Fachausschusses Gelegenheit geben, Zusatzfragen in angemessenem Umfang zu stellen.

(5) Es werden in jedem Prüfungsfach zwei Aufgaben aus verschiedenen Sachgebieten gestellt, wobei eine Aufgabe den Sachgebieten des vierten Kurshalbjahres zu entnehmen ist, die andere den Sachgebieten eines anderen vom Kandidaten benannten Kurshalbjahres. Bei Kolloquien wird nur eine Aufgabe gestellt; sie muss auch fachübergreifende und fächerverbindende Aspekte berücksichtigen.

(6) Der Prüfer schlägt für die Leistungen in den beiden Teilen der mündlichen Prüfung je eine Note vor; der Fachausschuss setzt die Teilnoten und die Gesamtnote fest.

(7) Stellt sich im Verlauf des mündlichen Prüfungsverfahrens heraus, dass ein Kandidat die Abiturprüfung nicht mehr bestehen kann, so soll die Prüfung für diesen Kandidaten unterbrochen und eine Entscheidung des Vorsitzenden der Prüfungskommission über den Abbruch der Prüfung herbeigeführt und anschließend dem Kandidaten mitgeteilt werden.

§ 33 Prüfungsergebnis

(1) Nach dem Abschluss der Prüfung werden die Gesamtergebnisse der geprüften Fächer und das Ergebnis der Abiturprüfung von der Prüfungskommission festgestellt. Dabei wird in einem Fach, in dem schriftlich und mündlich geprüft wurde, das Gesamtergebnis im Verhältnis 2:1 aus den beiden Prüfungsteilen gebildet; die Tabelle gemäß Anlage 2 ist zu verwenden.

(2) Die allgemeine Hochschulreife wird zuerkannt, wenn der Kandidat

1. acht Leistungskurse, die Pflichtgrundkurse im dritten und vierten Prüfungsfach, die verpflichtenden Anteile der gewählten fünften Prüfungskomponente gemäß § 15 sowie alle weiteren einzubringenden Pflichtkurse eingebracht hat,

2. alle Pflichtkurse gemäß § 17 Abs. 2, auch wenn sie nicht in die Gesamtqualifikation einzubringen sind, belegt hat,
3. in 16 der 22 Grundkurse des ersten Blocks der Gesamtqualifikation je mindestens fünf Punkte, in vier der verbliebenen sechs Grundkurse je mindestens zwei Punkte und insgesamt im ersten Block der Gesamtqualifikation mindestens 110 Punkte,
4. in vier der sechs in den ersten drei Kurshalbjahren belegten Leistungskurse je mindestens zehn Punkte bei zweifacher Wertung und insgesamt im zweiten Block der Gesamtqualifikation mindestens 70 Punkte und
5. in zwei Prüfungsfächern, darunter einem Leistungskursfach, je mindestens 20 Punkte bei dreifacher Wertung der Prüfungsleistung und einfacher Wertung des Kurses im vierten Kurshalbjahr und insgesamt im dritten Block der Gesamtqualifikation mindestens 100 Punkte

erreicht hat. In allen übrigen Fällen gilt die Abiturprüfung als nicht bestanden.

(3) Der Vorsitzende der Prüfungskommission kann Beschlüsse der Prüfungskommission und der Fachausschüsse, die nach seiner Auffassung gegen Prüfungsrecht verstoßen, der Schulaufsichtsbehörde unter Beifügung sämtlicher Prüfungsunterlagen zur Überprüfung vorlegen. Der Kandidat ist hierüber zu unterrichten; das Prüfungsergebnis ist ihm erst nach der Entscheidung der für das Schulwesen zuständigen Senatsverwaltung mitzuteilen.

(4) Nach Abschluss der Beratungen werden den Kandidaten die Ergebnisse der mündlichen Prüfung und das Ergebnis der Abiturprüfung mitgeteilt. Den Kandidaten, die die Prüfung nicht bestanden haben, ist das Ergebnis in einem Einzelgespräch mitzuteilen und zu erläutern.

§ 34

Zeugnisse, Bescheinigungen und Erwerb des schulischen Teils der Fachhochschulreife

(1) Wer den Bildungsgang erfolgreich abgeschlossen hat, erhält das Zeugnis der allgemeinen Hochschulreife (Abiturzeugnis). Die Schule setzt einen Termin für die Aushändigung des Zeugnisses fest; mit diesem Tag ist der Schüler aus der Schule entlassen.

(2) Wer die Schule vor Abschluss des Bildungsganges verlässt oder die Abiturprüfung endgültig nicht bestanden hat, erhält ein Abgangszeugnis. Bei Erfüllung der Voraussetzungen wird zusätzlich eine Bescheinigung über den Erwerb des schulischen Teils der Fachhochschulreife ausgestellt. Für den Erwerb des schulischen Teils der Fachhochschulreife ist der Nachweis erforderlich, dass das Qualifikationsniveau der Kurse des ersten Schuljahres der Kursphase erreicht worden ist. Dafür gelten folgende Voraussetzungen, die in zwei aufeinander folgenden Kurshalbjahren erfüllt worden sein müssen:

1. In den beiden Leistungskursfächern müssen je zwei Kurse belegt und insgesamt mindestens 40 Punkte der zweifachen Wertung erreicht sein.
2. Es müssen elf Grundkurse belegt und in diesen insgesamt mindestens 55 Punkte der einfachen Wertung erreicht sein.
3. In zwei der vier anzurechnenden Leistungskurse und in sieben der elf anzurechnenden Grundkurse müssen jeweils mindestens 5 Punkte der einfachen Wertung erreicht sein.
4. Unter den als Grund- und Leistungskurse anzurechnenden Kursen müssen je zwei Kurse in Deutsch, einer Fremdsprache, einer Gesellschaftswissenschaft, Mathematik und einer Naturwissenschaft (Physik oder Chemie oder Biologie) sein. Bei den zwei Fremdsprachenkursen muss es sich um Kurse handeln, die zur Erfüllung der Mindestverpflichtungen in den Fremdsprachen gemäß § 16 Abs. 1 in Verbindung mit § 37 dienen können.

(3) Die Gesamtpunktzahl von mindestens 95 und höchstens 285 Punkten, die sich aus den anzurechnenden Kursen ergibt, wird nach der als Anlage 3 beigefügten Tabelle in eine Durchschnittsnote umgerechnet.

(4) Wer nach Abbruch des Bildungsganges bei gleichzeitigem Erwerb des schulischen Teils der Fachhochschulreife den Nachweis einer in Umfang und Ausgestaltung der fachpraktischen Ausbildung der Fachoberschule entsprechenden Ausbildung oder einer abgeschlossenen Berufsausbildung erbringt, erhält auf Antrag ein Zeugnis über die Berechtigung zum Besuch der Fachhochschule. Der Berufsausbildung gleichgestellt ist eine für das Studium an einer Fachhochschule förderliche Berufserfahrung von mindestens fünf Jahren. Der Antrag ist bei der zuletzt besuchten Schule zu stellen.

§ 35
Wiederholung

- (1) Eine bestandene Prüfung darf nicht wiederholt werden.
- (2) Wer die Prüfung nicht bestanden hat, kann sie nach Zurücktreten in den folgenden Schülerjahrgang und erneutem Besuch des dritten und vierten Kurshalbjahres wiederholen. Wer zur Wiederholungsprüfung nicht zugelassen wird oder wer sie nicht besteht, muss die gymnasiale Oberstufe verlassen, es sei denn, eine zweite Wiederholung wird aufgrund besonderer Umstände durch die für das Schulwesen zuständige Senatsverwaltung zugelassen. Wird die Prüfung wiederholt, so sind auch alle Prüfungsleistungen erneut zu erbringen.

ABSCHNITT VI
Sonderbestimmungen

§ 36
Zuständigkeit bei zusammenarbeitenden Schulen

- (1) Benachbarte Schulen können zur Erweiterung des Unterrichtsangebotes zusammenarbeiten (kooperierende Schulen). Sie stimmen Unterrichtsangebot, Stundenpläne und Prüfungstermine aufeinander ab, soweit die Zusammenarbeit es erfordert. Die Zugehörigkeit eines Schülers zu seiner Schule bleibt unberührt, auch wenn er einen Kurs einer kooperierenden Schule besucht; der den Unterricht erteilende Lehrer der kooperierenden Schule wird Mitglied des Oberstufenausschusses der Schule, der der Schüler angehört.
- (2) Für Schüler, die in einem Fach an einer kooperierenden Schule unterrichtet worden sind, findet die mündliche Prüfung an der Schule statt, der der Schüler angehört; in den Fachausschuss werden Lehrer der kooperierenden Schule, die den Schüler unterrichtet haben, berufen. Im Übrigen werden diese Schüler in allen Angelegenheiten dieses Faches wie die übrigen Schüler der den Unterricht erteilenden Schule behandelt. Ergebnisse der schriftlichen Prüfung und andere Entscheidungen sind unverzüglich der Schule mitzuteilen, der der Schüler angehört, und sind für diese Schule und die dortige Prüfungskommission verbindlich.

§ 37
Besonderheiten des Fremdsprachenunterrichts

- (1) Kurse in den Fremdsprachen sind so zu wählen, dass der Schüler am Ende seiner Schullaufbahn mindestens folgende Bedingungen erfüllt:
1. Am Unterricht in jeder als Pflichtfach belegten Fremdsprache wurde ohne Unterbrechung teilgenommen.
 2. In den Halbjahren der Einführungsphase wurden zwei Fremdsprachen durchgängig belegt.
 3. Am Unterricht in der ersten Fremdsprache wurde durchgängig bis zum Eintritt in die gymnasiale Oberstufe teilgenommen.
 4. Die zweite Fremdsprache wurde
 - a) bei Beginn spätestens in Klassenstufe 7 bis zum Ende der Jahrgangsstufe 10 besucht,
 - b) bei Beginn mit Klassenstufe 9 bis zum Ende der Jahrgangsstufe 12 belegt,
 - c) bei Beginn in der Einführungsphase bis zum Ende der Jahrgangsstufe 13 belegt.
 5. Wurden weitere Kurse belegt, handelt es sich um
 - a) die Fortsetzung einer bereits besuchten Fremdsprache oder
 - b) den Neubeginn einer weiteren Fremdsprache ab dem Beginn der Einführungsphase.
 6. In der Einführungsphase wurde höchstens eine Fremdsprache neu begonnen.
- (2) Neben den vier Kursen einer durchgängig belegten Fremdsprache, mit der die Verpflichtungen gemäß § 16 Abs. 1 erfüllt werden, müssen keine weiteren Fremdsprachenkurse in die Gesamtqualifikation eingebracht werden, soweit in dieser Verordnung nichts Abweichendes geregelt ist.

(3) Wer in der Einführungsphase neben der nach Absatz 1 Nr. 5 Buchstabe b neu begonnenen Fremdsprache nicht mehr als eine fortgesetzte Fremdsprache belegt, muss die neu begonnene bis zum Ende der Jahrgangsstufe 13 belegen. Die Kurse des ersten und zweiten Kurshalbjahres in dieser Fremdsprache müssen nicht in die Gesamtqualifikation eingebracht werden. Werden mit der neu begonnenen Fremdsprache die Verpflichtungen gemäß § 16 Abs. 1 erfüllt, ist die fortgesetzte Fremdsprache mindestens bis zum Ende der Jahrgangsstufe 12 zu belegen.

(4) Als Unterbrechung des durchgängigen Fremdsprachenbesuchs gelten nicht die Wiederholung oder das Überspringen einer Jahrgangsstufe, das Zurücktreten in den folgenden Schülerjahrgang, Zeiten einer Beurlaubung und eine zeitweise Unterbrechung der Schullaufbahn.

(5) Wer die Klassenstufe 10 des Gymnasiums übersprungen oder aus sonstigen Gründen in dieser Klassenstufe nicht am Unterricht seiner spätestens in Klassenstufe 7 begonnenen zweiten Fremdsprache teilgenommen hat, muss den Unterricht in der zweiten Fremdsprache mindestens bis zum Ende der Einführungsphase fortsetzen.

(6) Bei Schülern, die spätestens von Beginn der Klassenstufe 7 bis zur Beendigung der Klassenstufe 10 am Unterricht in der zweiten Fremdsprache teilgenommen haben, kann die Schule zulassen, dass sie in der Einführungsphase nur eine der spätestens in Klassenstufe 9 begonnenen Fremdsprachen fortsetzen und zusätzlich eine weitere Fremdsprache beginnen. Macht ein Schüler von dieser Möglichkeit Gebrauch, so muss er in dieser Fremdsprache am Unterricht der Einführungsphase teilnehmen und in der Kursphase gemäß § 16 Abs. 1 Satz 2 im ersten bis vierten Kurshalbjahr je einen Pflichtgrundkurs belegen. Die im ersten und zweiten Kurshalbjahr in dieser Fremdsprache belegten Kurse müssen nicht in die Gesamtqualifikation eingebracht werden.

(7) Wer außerhalb des Unterrichts Kenntnisse in seiner zweiten oder weiteren Fremdsprache erworben hat, kann auf Antrag an Kursen für Schüler, die diese Fremdsprache früher begonnen haben, teilnehmen; für ihn gelten dann die höheren Leistungsanforderungen in dieser Fremdsprache. Ein Wechsel der Fremdsprachenfolge ist damit nicht verbunden. Die Entscheidung trifft der Schulleiter nach Anhörung des zuständigen Fachbereichsleiters; in den Fällen des § 43 trifft die Entscheidung die Schulaufsichtsbehörde.

(8) In jeder Fremdsprache ist der Unterricht für solche Schüler, die diese Sprache in verschiedenen Klassenstufen begonnen haben, jeweils organisatorisch und fachdidaktisch getrennt durchzuführen und wie Unterricht in getrennten Fächern zu behandeln. Um tragfähige Frequenzen zu erreichen, kann entsprechend den Sprachenfolgen der Schule Unterricht einer in verschiedenen Klassenstufen begonnenen Fremdsprache zusammengefasst werden, sofern sich der Beginn um nicht mehr als zwei Jahre unterscheidet. Der Unterricht für Schüler, die eine Fremdsprache in der Einführungsphase beginnen, darf nur getrennt durchgeführt werden.

§ 38 Latinum, Graecum

(1) Die für das Latinum notwendigen Kenntnisse werden nachgewiesen bei Lateinunterricht seit

1. Klassenstufe 5 mit mindestens der Note ausreichend bei der Versetzung in die gymnasiale Oberstufe,
2. Klassenstufe 7 mit mindestens der Note ausreichend (fünf Punkte) am Ende des zweiten Kurshalbjahres,
3. Klassenstufe 9 mit mindestens der Note ausreichend (fünf Punkte) am Ende des dritten Kurshalbjahres.

(2) Bei Beginn des Lateinunterrichts in der Einführungsphase werden die für das Latinum notwendigen Kenntnisse durch mindestens die Note ausreichend (fünf Punkte) sowohl im vierten Kurshalbjahr als auch in der Abiturprüfung nachgewiesen.

(3) Die für das Graecum notwendigen Kenntnisse werden nachgewiesen mit mindestens der Note ausreichend (fünf Punkte)

1. im Fall des Leistungskursfaches am Ende des zweiten Kurshalbjahres,
2. im Übrigen am Ende des vierten Kurshalbjahres.

(4) Der Nachweis kann bei Fortsetzung des Unterrichts über den genannten Zeitpunkt hinaus bei entsprechendem Leistungsstand auch noch zu einem späteren Zeitpunkt erbracht werden. Der einmal erbrachte Nachweis des Latinums oder Graecums wird durch ein Zurücktreten in den folgenden Schülerjahrgang nicht berührt.

(5) Die für das Latinum oder Graecum notwendigen Kenntnisse können, wenn die jeweilige Sprache schriftliches Prüfungsfach ist, auch durch mindestens ausreichende Leistungen (fünf Punkte) in der Abiturprüfung nachgewiesen werden.

§ 39
(weggefallen)

§ 40
Sport

- (1) Im Fach Sport können Kurse in Sportpraxis in unterschiedlichen Sportarten in den Leistungsstufen I und II (L I und L II) sowie Kurse in Sporttheorie eingerichtet werden. Kurse in Sportpraxis können ein zweites Mal belegt werden, wenn sie entweder abweichende Inhalte oder höhere Leistungsanforderungen (L II) haben.
- (2) Eine Kursfolge gibt es im Fach Sport nicht, jedoch dürfen in der gleichen Sportart Kurse der Leistungsstufe I nicht nach Kursen der Leistungsstufe II belegt werden.
- (3) Die Verpflichtungen gemäß § 16 können nicht mit Kursen erfüllt werden, die geblockt werden und mit Kursen in Sporttheorie. Aus einem Halbjahr dürfen höchstens zwei Kurse in die Gesamtqualifikation eingebracht werden.
- (4) Ist Sport Prüfungsfach, sind zwei Pflichtkurse in Sporttheorie und in jedem Halbjahr ein Pflichtkurs Sportpraxis gemäß den Absätzen 1 und 3 zu belegen. Aus dem ersten bis dritten Kurshalbjahr werden ein Kurs Sporttheorie sowie zwei Kurse Sportpraxis in den ersten Block, aus dem vierten Kurshalbjahr wird der Kurs Sportpraxis in den dritten Block der Gesamtqualifikation eingebracht.
- (5) Im Prüfungsfach Sport wird eine besondere Fachprüfung mit einem praktischen und einem theoretischen Abschnitt durchgeführt, die insgesamt als mündliche Prüfung gilt. Die Leistungen im praktischen Teil und im theoretischen Teil werden im Verhältnis 2:1 zu einem Gesamtergebnis zusammengefasst.
- (6) Ist die Prüfungsfähigkeit nach Eintritt in die Prüfung nicht nur kurzfristig beeinträchtigt, kann die Schulaufsichtsbehörde auf Antrag
 1. auf einzelne Teile des praktischen Abschnitts verzichten oder
 2. den Ersatz vorgesehener Sportarten durch andere zulassen oder
 3. die Bewertung einzelner Prüfungsteile mit null Punkten zulassen oder
 4. eine Änderung des vierten Prüfungsfaches auch zu einem späteren als dem nach § 15 Abs. 11 Nr. 3 zulässigen Termin gestatten.

Kann ein Kandidat aus gesundheitlichen Gründen im vierten Kurshalbjahr nicht an Sportpraxis teilnehmen oder die erforderlichen Leistungen nicht erbringen, so wird ersatzweise der fehlende Teilkurs Sportpraxis oder der fehlende Grundkurs im folgenden Schulhalbjahr nachgeholt. Der gesamte mündliche Prüfungsabschnitt wird ausgesetzt und im nächsten Schulhalbjahr zu den entsprechenden Terminen nachgeholt; zur Prüfungsvorbereitung ist die Teilnahme am Unterricht des folgenden Jahrgangs auch in den übrigen Prüfungsfächern ohne Leistungsbewertung zu gestatten.

§ 40a
(weggefallen)

§ 41
Auslandsaufenthalt

- (1) An ausländischen Schulen erbrachte Leistungen können nicht in die Gesamtqualifikation eingebracht werden.
- (2) Bei einem Auslandsaufenthalt während der Einführungsphase ist nach Rückkehr auf Antrag die Eingliederung in den bisherigen Schülerjahrgang möglich. Die Entscheidung trifft der Schulleiter auf der Grundlage eines vor Antritt der Beurlaubung ausgesprochenen Votums der Klassenkonferenz und unter Würdigung der im Ausland erbrachten Leistungen. Bei Schulwechsel entscheidet der Schulleiter der aufnehmenden Schule über die Eingliederung aufgrund einer Stellungnahme der bisher besuchten Schule. Die Voraussetzungen für die Wahl eines Faches zum Prüfungsfach sind erfüllt, wenn während des gesamten Auslandsaufenthaltes am Unterricht im jeweiligen Fach teilgenommen wurde. Sofern eine Eingliederung in den folgenden Schülerjahrgang oder nach Eingliederung in den bisherigen Schülerjahrgang ein freiwilliger Rücktritt innerhalb der ersten acht Unterrichtswochen erfolgt, gilt dies nicht als Rücktritt im Sinne des §12.

§ 42 Schulwechsel

Der unmittelbare Übergang eines Schülers eines öffentlichen oder anerkannten privaten Gymnasiums in Berlin in die gymnasiale Oberstufe einer anderen Schule (Schulwechsel) ist jeweils zum Beginn eines Schulhalbjahres möglich, wenn der Schüler das Gymnasium weiter besuchen darf und an der aufnehmenden Schule seinen Bildungsgang unter Beachtung der an der Schule vorhandenen Sprachenfolge fortsetzen kann. Die Entscheidung trifft der Schulleiter der aufnehmenden Schule.

§ 43 Aufnahmen in sonstigen Fällen

(1) In die gymnasiale Oberstufe können Schüler aufgenommen werden, wenn sie ein Zeugnis eines öffentlichen oder anerkannten privaten Gymnasiums oder einer solchen Gesamtschule über die Versetzung in die Einführungsphase oder einen entsprechenden Abschluss der Gesamtschule besitzen.

(2) Die Aufnahme nach § 7 Abs. 1 ist möglich für

1. Bewerber, die in Berlin eine Haupt- oder Realschule oder die einjährige Kaufmännische Berufsfachschule oder die Berufsfachschule für kaufmännische Assistenten abgeschlossen haben und nach einer Unterbrechung des Schulbesuchs aufgenommen werden wollen,
2. Bewerber, die eine sonstige Berufsfachschule in Berlin besucht haben und nach dem bisher besuchten Bildungsgang für den Bildungsgang der gymnasialen Oberstufe geeignet erscheinen und
3. Bewerber, die einen Lehrgang gemäß § 40 Abs. 1 des Schulgesetzes besucht oder eine Prüfung gemäß § 60 Abs. 3 des Schulgesetzes abgelegt haben.

(3) Schüler, die einen mit den in Absatz 1 und 2 genannten Bildungsgängen vergleichbaren Bildungsgang außerhalb Berlins oder – in Berlin – an einer Schule besucht haben, die insoweit nicht den für öffentliche Schulen in Berlin geltenden Bestimmungen unterliegt, müssen einen gleichwertigen Bildungsstand besitzen.

(4) Die Aufnahme in die gymnasiale Oberstufe setzt weiter voraus, dass

1. der Schüler an der aufnehmenden Schule seinen Bildungsgang fortsetzen und gegebenenfalls unter Anrechnung der bereits in der gymnasialen Oberstufe verbrachten Zeit und der dabei erbrachten Leistungen im Rahmen der Höchstverweildauer gemäß § 12 noch erfolgreich abschließen kann,
2. der Schüler beim Eintritt in die Einführungsphase das 21. Lebensjahr noch nicht vollendet hat, wobei in Härtefällen die Schulaufsicht eine Überschreitung der Altersgrenze zulassen kann,
3. ausländische Bewerber die deutsche Sprache in Wort und Schrift so beherrschen, dass sie dem Unterricht folgen können, und sich nicht unberechtigt im Land Berlin aufhalten.

(5) In die gymnasiale Oberstufe können Bewerber nicht aufgenommen werden, die schon einmal eine Prüfung, mit der die Zuerkennung der Allgemeinen Hochschulreife verbunden ist, endgültig nicht bestanden haben oder schon einmal einen zur Allgemeinen Hochschulreife führenden Bildungsgang einer deutschen Schule in einer der gymnasialen Oberstufe entsprechenden Jahrgangsstufe wegen unzureichenden Leistungen verlassen mussten oder mit einem Leistungsstand verlassen haben, mit dem sie am Ende des Schuljahres den Bildungsgang hätten verlassen müssen.

(6) Der Bewerber wird in der Regel in das erste Halbjahr der Einführungsphase aufgenommen. Er kann in einen späteren Abschnitt des Bildungsganges, nicht jedoch mitten in das dritte Kurshalbjahr oder später aufgenommen werden, wenn er nach Erfüllung der in § 6 Abs. 1 oder § 7 genannten Voraussetzungen einen zur Allgemeinen Hochschulreife führenden Bildungsgang weiter besucht hat und wenn Teile davon auf den Besuch der gymnasialen Oberstufe der Berliner Schule angerechnet werden können. Auf die in der Kursphase gemäß §§ 15 bis 17 zu erfüllenden Verpflichtungen können Leistungen entsprechender Unterrichtsabschnitte der gymnasialen Oberstufe in Berlin oder in anderen Ländern der Bundesrepublik Deutschland angerechnet werden,

1. wenn sie unter Bedingungen erbracht wurden, die die Länder der Bundesrepublik Deutschland in der Kultusministerkonferenz als Voraussetzung für die gegenseitige Anerkennung der Zeugnisse der Allgemeinen Hochschulreife festgelegt haben,
2. wenn seit dem Ende des früheren Schulbesuches nicht mehr als zwei Jahre verstrichen sind und
3. wenn die Einbringung nicht nach § 12 ausgeschlossen ist.

War in den Fällen des Absatzes 1 vor der Aufnahme eines Bewerbers der zur Hochschulreife führende Bildungsgang für eine nicht unwesentliche Zeit unterbrochen oder wird der Bewerber nach den Absätzen 2 oder 3 aufgenommen, so erfolgt die Aufnahme zunächst für eine Probezeit von einem Schulhalbjahr. An ihrem Ende entscheidet die Schulaufsicht auf Vorschlag der Klassenkonferenz oder des Oberstufenausschusses über das Bestehen der Probezeit. Sie ist bestanden, wenn Eignung, Leistung und Arbeitsverhalten eine erfolgreiche Mitarbeit in der gymnasialen Oberstufe erwarten lassen.

(7) Aufnahmeanträge sind an die gewünschte Schule zu richten. Die Entscheidung über die Anrechnung von Zeiten und Leistungen, über die Aufnahme und die Probezeit trifft die Schulaufsicht. Schüler des Gymnasiums, die ihren außerhalb des Landes Berlin begonnenen Bildungsgang ohne Unterbrechung fortsetzen wollen, werden unverzüglich aufgenommen. Andere Bewerber werden zum Beginn des nächsten Schulhalbjahres, in dem sie ihren Bildungsgang fortsetzen können, aufgenommen; eine vorherige Teilnahme am Unterricht kann von der Schulaufsicht zugelassen werden

§ 44 Ausnahmefälle

Die Schulaufsichtsbehörde trifft auf Antrag im Einzelfall die notwendigen weiteren Anordnungen, um

1. Schülern, die gemäß § 43 in die gymnasiale Oberstufe – insbesondere nach Übergang von einer Schule außerhalb Berlins – aufgenommen werden, die Eingliederung in den Bildungsgang der gymnasialen Oberstufe zu ermöglichen;
2. in Ausnahmefällen Schülern einen Abschluss der gymnasialen Oberstufe zu ermöglichen, die infolge falscher Beratung, unberechtigter Genehmigung der Kurswahl oder aufgrund von Organisationsentscheidungen der Schule trotz hinreichender Leistungen die Voraussetzungen dieser Verordnung für die Aufnahme in die gymnasiale Oberstufe nicht erfüllen oder die Schullaufbahn nicht erfolgreich beenden können;
3. in Ausnahmefällen Schülern, deren Schullaufbahn aufgrund der konzeptionellen Struktur der Schule in so erheblichem Umfang mit der Teilnahme an außerschulischen Veranstaltungen verknüpft und zeitlich belastet ist, die ordnungsgemäße Erfüllung der Verpflichtungen nach dieser Verordnung zu ermöglichen und Chancengleichheit zu gewährleisten.

Hierbei kann im erforderlichen Umfang von den Vorschriften dieser Verordnung abgewichen werden.

ABSCHNITT VII Sonderregelungen für einzelne Schulen

§ 45 Berufliche Gymnasien

(1) Für Schüler der gymnasialen Oberstufe in beruflichen Gymnasien gilt die Stundentafel der Anlage 1 b. Die Einführungsphase darf abweichend von § 6 Abs. 2 nicht übersprungen werden. § 8 Abs. 2 Satz 2 gilt für das Wahlpflichtfach entsprechend. Zu Beginn des zweiten Schulhalbjahres können freiwillig gewählte Fächer abgewählt werden.

(2) Abweichend von § 9 Abs. 2 wird ein Schüler in die Kursphase versetzt, wenn

1. höchstens eine Note mangelhaft oder ungenügend, alle übrigen aber ausreichend oder besser lauten, oder
2. einer ungenügenden und einer mangelhaften oder zwei mangelhaften bei im Übrigen mindestens ausreichenden Noten ein Ausgleich gemäß § 9 Abs. 3 gegenübersteht; dabei darf im Berufsfeld I das Fach Wirtschaftswissenschaft, in den Berufsfeldern II, III und IV das Fach Technik, im Berufsfeld XII das Fach Ernährungslehre nicht schlechter als ausreichend bewertet sein und im Berufsfeld VII in den Fächern Physik mit Laborübungen, Chemie mit Laborübungen und Biologie mit Laborübungen (Berufsfeld VII) nur eine Note schlechter als ausreichend lauten.

(3) Für berufliche Gymnasien des Berufsfeldes I (Wirtschaft und Verwaltung) gelten ergänzend zu den Bestimmungen des Abschnittes III folgende Regelungen:

1. Das Fach Wirtschaftswissenschaft muss als zweites Leistungskursfach belegt werden.

2. In Rechnungswesen ist in den ersten beiden Kurshalbjahren zusätzlich zu den Verpflichtungen gemäß § 16 Abs. 1 je ein Pflichtgrundkurs zu belegen.
 3. Es entfallen die beiden Pflichtgrundkurse in Musik, Bildender Kunst oder Darstellendem Spiel gemäß § 16 Abs. 2 Satz 1, jedoch sind mindestens acht Pflichtkurse im Aufgabenfeld 1 zu belegen. Die beiden Pflichtgrundkurse aus dem Fach Physik oder dem Fach Chemie gemäß § 16 Abs. 4 entfallen. § 17 Abs. 3 Nr. 6 ist nicht anzuwenden.
- (4) Für berufliche Gymnasien der Berufsfelder II (Metalltechnik), III (Elektrotechnik) und IV (Bautechnik) gelten ergänzend zu den Bestimmungen des Abschnitts III folgende Regelungen:
1. Das Fach Technik (Schwerpunkt Metall- und Elektrotechnik) muss im Berufsfeld II, das Fach Technik (Schwerpunkte Elektrotechnik oder Technische Informatik oder Medientechnik) muss im Berufsfeld III und das Fach Technik (Schwerpunkt Bautechnik) muss im Berufsfeld IV als zweites Leistungskursfach gewählt werden.
 2. Das Fach Biologie ist nicht als Leistungskursfach zulässig.
 3. Es entfallen die beiden Pflichtgrundkurse in Musik, Bildender Kunst oder Darstellendem Spiel gemäß § 16 Abs. 2 Satz 1, jedoch sind mindestens acht Pflichtkurse im Aufgabenfeld 1 zu belegen.
 4. Zusätzlich zu den Verpflichtungen gemäß § 16 Abs. 1 ist im Berufsfeld II und am Oberstufenzentrum für Informations- und Medizintechnik in den ersten beiden Kurshalbjahren je ein Pflichtgrundkurs in Wirtschaftswissenschaft zu belegen.
- (5) Für berufliche Gymnasien des Berufsfeldes VII (Chemie, Physik, Biologie) gelten ergänzend zu den Bestimmungen des Abschnitts III folgende Regelungen:
1. Eines der Fächer Physik, Chemie oder Biologie muss als erstes Leistungskursfach gewählt werden.
 2. Die Fächer Musik und Bildende Kunst sind als Leistungskursfächer nicht zulässig.
 3. In jedem der vier Kurshalbjahre ist im Fall des Faches Physik als erstem Leistungskursfach ein Pflichtgrundkurs Physiktechnik, im Fall des Faches Chemie als erstem Leistungskursfach ein Pflichtgrundkurs Chemietechnik, im Fall des Faches Biologie als erstem Leistungskursfach ein Pflichtgrundkurs Biologietechnik zu belegen; die in den ersten beiden Kurshalbjahren belegten Pflichtgrundkurse müssen nicht in die Gesamtqualifikation eingebracht werden. Ist auch das zweite Leistungskursfach eines der Fächer Chemie, Physik oder Biologie, so ist im ersten und zweiten Kurshalbjahr ein diesem Leistungskursfach zugeordneter Technikkurs gemäß Satz 1 als Pflichtgrundkurs zu belegen. Insgesamt dürfen aus den Fächern Physik-, Chemie- und Biologietechnik nur sechs Grundkurse in die Gesamtqualifikation eingebracht werden; diese Fächer dürfen nicht Prüfungsfach sein.
 4. Im Aufgabenfeld I entfallen die beiden Pflichtgrundkurse in Musik, Bildender Kunst oder Darstellendem Spiel gemäß § 16 Abs. 2 Satz 1, jedoch sind mindestens acht Pflichtkurse in diesem Aufgabenfeld zu belegen. Im Aufgabenfeld III entfallen die beiden Pflichtkurse in Physik oder Chemie gemäß § 16 Abs. 4.
- (6) Für berufliche Gymnasien des Berufsfeldes XII (Ernährung und Hauswirtschaft) gelten ergänzend zu den Bestimmungen des Abschnitts III folgende Regelungen:
1. Das Fach Ernährungslehre muss als zweites Leistungskursfach gewählt werden.
 2. Zusätzlich zu den Verpflichtungen gemäß § 16 Abs. 1 ist in den ersten beiden Kurshalbjahren je ein Pflichtgrundkurs in Wirtschaftswissenschaft zu belegen.
 3. § 16 Abs. 2 findet keine Anwendung, jedoch sind mindestens acht Pflichtkurse im ersten Aufgabenfeld zu belegen. Die Verpflichtung gemäß § 16 Abs. 4, Grundkurse in Chemie oder Physik zu belegen, entfällt. § 17 Abs. 3 Nr. 6 ist nicht anzuwenden.
- (7) Die nach § 21 den Pädagogischen Koordinatoren obliegenden Aufgaben werden vom Abteilungsleiter und Abteilungskoordinator der Abteilung berufliches Gymnasium wahrgenommen. Der Schulleiter ist Mitglied der Prüfungskommission; im Übrigen werden die dem Schulleiter nach den §§ 9, 12, 19, 21 bis 23, 25, 29, 40 und 41 obliegenden Aufgaben vom Abteilungsleiter der Abteilung berufliches Gymnasium wahrgenommen.
- (8) In den Fällen der §§ 42 und 43 soll der Schüler nur aufgenommen werden, wenn er die Einführungsphase – gegebenenfalls zum wiederholten Mal nach Zurücktreten in den folgenden Schülerjahrgang – besucht.

§ 46
Französisches Gymnasium

(1) Die gymnasiale Oberstufe am Französischen Gymnasium umfasst abweichend von § 2 Abs. 1 nur die Kursphase. Ein Zurücktreten in das zweite Halbjahr der Klasse 10 ist am Ende des ersten Kurshalbjahres, ein Zurücktreten in die Einführungsphase gemäß § 6 Abs. 2 Satz 4 ist nur bei Schulwechsel möglich.

(2) Der Unterricht wird für die in der deutschen Verwaltung geführten Schüler und für die in der französischen Verwaltung geführten Schüler in allen Kursen gemeinsam durchgeführt; die Schulaufsicht kann befristete Ausnahmen für einzelne Kurse oder Kursfolgen zulassen. Im zweiten und vierten Kurshalbjahr sind jeweils Kurse in den Fächern zu besuchen, in denen bereits im ersten und dritten Kurshalbjahr Kurse besucht wurden. Unterricht und Prüfung werden in allen Fächern außer Deutsch und den modernen Fremdsprachen in französischer Sprache durchgeführt.

(3) Ergänzend zu den Bestimmungen des Abschnittes III gelten folgende Regelungen:

1. Das Fach Politikwissenschaft ist nicht zulässig; an seine Stelle treten die Fächer Geschichte/Histoire, Erdkunde/Géographie und Wirtschaftswissenschaft/Sciences économiques.
2. Grundkurse im Fach Deutsch umfassen vier, Grundkurse in Geschichte/Histoire und in Erdkunde/Géographie umfassen mindestens zwei Wochenstunden. In den übrigen Fächern kann die für das Schulwesen zuständige Senatsverwaltung von § 11 Abs. 1 abweichende Wochenstundenzahlen zulassen.
3. Ein Fach kann nur zum Prüfungsfach gewählt werden, wenn der Schüler in diesem Fach in der Klasse 10 im Pflicht- oder Wahlpflichtunterricht, im Fall der Fächer Wirtschaftswissenschaft/Sciences économiques und Informatik im fakultativen Unterricht, unterrichtet wurde.
4. Musik und Bildende Kunst sind als Leistungskursfächer nicht zulässig. Im zweiten Aufgabenfeld sind nur Wirtschaftswissenschaft/Sciences économiques als Leistungskursfach und nur die Fächer Geschichte/Histoire und Erdkunde/Géographie als weitere Prüfungsfächer zulässig.
5. § 15 Abs. 3 Satz 2 ist nicht anzuwenden; unter den vier Prüfungsfächern muss sich entweder das Fach Deutsch oder das Fach Französisch befinden.
6. Im Rahmen der Verpflichtungen gemäß § 16 Abs. 1 ist in jedem Kurshalbjahr je ein Pflichtgrundkurs im Fach Französisch zu belegen.
7. Im zweiten Aufgabenfeld sind entweder neben den vier Pflichtgrundkursen im dritten oder vierten Prüfungsfach drei Pflichtgrundkurse in dem nach Nummer 1 in Verbindung mit Nummer 4 noch verbleibenden Fach oder neben den vier Leistungskursen in Wirtschaftswissenschaft/Sciences économiques zwei Pflichtgrundkurse in Geschichte/Histoire zu belegen.
8. Die beiden Pflichtgrundkurse gemäß § 16 Abs. 2 Satz 1 in Musik, Bildender Kunst oder Darstellendem Spiel entfallen.

(4) In die Prüfungsgremien können auch Mitglieder mit einer französischen Lehrbefähigung berufen werden, die der in den §§ 21 und 22 vorausgesetzten entspricht.

(5) § 36 ist nicht anzuwenden.

(6) Abweichend von § 38 Abs. 1 weisen die Schüler des Französischen Gymnasiums die für das Latinum oder Graecum erforderlichen Kenntnisse nach, wenn sie am Unterricht in der Kursphase in Latein bis zum Ende des zweiten Kurshalbjahres oder in Griechisch bis zum Ende des vierten Kurshalbjahres teilgenommen und im Kurs des zweiten beziehungsweise des vierten Kurshalbjahres die Note ausreichend (entsprechend 5 Punkten) erreicht haben.

(7) Die Aufnahme eines Schülers, der nicht am Französischen Gymnasium in die gymnasiale Oberstufe versetzt worden ist, kann von weiteren Voraussetzungen, insbesondere Kenntnissen in der deutschen und französischen Sprache abhängig gemacht werden; die Entscheidung trifft die Schulaufsicht auf Vorschlag der Schule.

(8) Bei einem Schulwechsel zu einem anderen Gymnasium ist § 42 mit folgender Maßgabe anzuwenden:

1. Bei einem Schulwechsel im Anschluss an die Versetzung in die gymnasiale Oberstufe tritt der Schüler in die Einführungsphase ein.

2. Bei einem Schulwechsel zu einem späteren Zeitpunkt tritt der Schüler in den Jahrgang ein, dem er angehören würde, wenn er im Anschluss an die Versetzung in die gymnasiale Oberstufe zunächst die Einführungsphase besucht hätte; § 12 Abs. 3 bis 5 und § 18 Abs. 1 Satz 2 sind anzuwenden. Der Schulwechsel gilt nicht als erstmaliges Zurücktreten in den folgenden Schülerjahrgang im Sinn des § 12 Abs. 2.
3. Die Schulaufsicht kann eine Änderung der Fremdsprachenfolge des Schülers und einen fremdsprachlichen Unterricht zusammen mit Schülern mit einem anderen Unterrichtsbeginn in der jeweiligen Fremdsprache in entsprechender Anwendung des § 37 Abs. 8 zulassen.

§ 47 John-F.-Kennedy-Schule

(1) Unterrichtssprache kann in jedem Fach, je nach den pädagogischen und didaktischen Erfordernissen, Deutsch oder Englisch sein.

(2) Englisch wird in den Leistungsstufen I (Muttersprache) und II (Partnersprache), Deutsch in den Leistungsstufen I (Muttersprache), II (Partnersprache) sowie in der Einführungsphase in der Leistungsstufe III unterrichtet.

(3) Die Abschnitte I und II sind mit folgender Maßgabe anzuwenden:

1. Die Einführungsphase kann auch bei Vorliegen der Voraussetzungen des § 6 Abs. 2 nur übersprungen werden, wenn gesichert ist, dass notwendige Voraussetzungen für den Erwerb des High-School-Diploma dadurch nicht entfallen; der Inspektionsausschuss der John-F.-Kennedy-Schule ist über Fälle des Überspringens der Einführungsphase zu informieren.
2. Der Umfang des Unterrichtes, an dem der Schüler teilnehmen muss, ergibt sich insgesamt und in den einzelnen Fächern aus der Stundentafel der Anlage 1c. In Englisch wird für die Schüler, die dieses Fach in der Kursphase als Leistungskursfach fortsetzen wollen, der Unterricht im Fundamentalebene und im Profildebereich zu „Vorbereitenden Leistungskursen“ zusammengefasst. § 8 Abs. 2 gilt entsprechend.
3. § 4 Abs. 1 Satz 1 findet auch in der Einführungsphase Anwendung; eine Umrechnung in Punkte erfolgt nicht.
4. Hat der Schüler vom Beginn der Klassenstufe 7 bis zur erfolgreichen Beendigung der Klassenstufe 10 am Unterricht in einer zweiten Fremdsprache teilgenommen, hat er jedoch keine hinreichenden Kenntnisse, um im Fach Deutsch am Unterricht in Partnersprache (Leistungsstufe II) teilzunehmen, so wird er auf Antrag während der Einführungsphase vom Unterricht in der zweiten Fremdsprache beurlaubt.
5. Ein Ausgleich schlechterer als ausreichender Leistungen zugleich in Deutsch und in Englisch ist im Rahmen des § 9 Abs. 2 Nr. 2 nicht möglich. Der Umstand, dass die Muttersprache eines Schülers Englisch ist, ist kein schwerwiegender Grund im Sinn des § 9 Abs. 4 Satz 2.

(4) Der Abschnitt III ist mit folgender Maßgabe anzuwenden:

1. Grundkurse in Deutsch – Partnersprache – umfassen vier Wochenstunden, in Englisch – Muttersprache und Partnersprache – im ersten und zweiten Kurshalbjahr fünf Wochenstunden. Die Zusatzkurse zum Leistungskursfach gemäß § 16 Abs. 3 umfassen drei Wochenstunden.
2. In den Fächern Deutsch und Englisch werden in einem Fach Kurse auf dem Niveau einer Muttersprache, in dem anderen Fach Kurse auf dem Niveau einer Partnersprache besucht; es können mit Genehmigung der Schule jedoch auch in beiden Fächern zugleich Kurse auf dem Niveau der Muttersprache besucht werden. Kurse in Deutsch – Partnersprache – dürfen nur von Schülern besucht werden, deren Muttersprache nicht Deutsch ist. Bei ausländischen Schülern darf auch Deutsch – Partnersprache – erstes Leistungskursfach sein. Während der Kursphase gilt ein Wechsel in einem der Fächer Deutsch und Englisch von Kursen auf dem Niveau einer Partnersprache zu Kursen auf dem Niveau einer Muttersprache oder umgekehrt nicht als Wechsel des Prüfungsfaches; er ist jedoch nur mit dem sich aus den Sätzen 1 und 2 ergebenden Einschränkungen und mit Genehmigung der Schule zulässig. Kurse in Deutsch (Leistungsstufe III) können nicht in die Gesamtqualifikation eingebracht werden.
3. Wirtschaftswissenschaft darf nur drittes oder viertes Prüfungsfach sein.
4. Im Rahmen der Verpflichtung gemäß § 16 Abs. 1 ist in jedem Kurshalbjahr je ein Pflichtgrundkurs in Englisch – Partnersprache – oder Englisch – Muttersprache – zu besuchen. Im Fall des § 37 Abs. 1

Nr. 4 Buchstabe b sind sowohl die vier Pflichtgrundkurse in Englisch als auch die beiden Pflichtgrundkurse in der zweiten Fremdsprache zu belegen.

5. Die beiden Pflichtgrundkurse gemäß § 16 Abs. 2 in Musik, Bildender Kunst oder Darstellendem Spiel entfallen, wenn Englisch nicht Prüfungsfach ist; der Fall des § 16 Abs. 2 zweiter Halbsatz bleibt unberührt.
 6. Wird aus dem zweiten Aufgabenfeld ein Leistungskursfach gewählt oder wird Wirtschaftswissenschaft zum dritten oder vierten Prüfungsfach gewählt, so gilt § 16 Abs. 3 entsprechend.
- (5) Amerikanische Lehrkräfte mit „Master Degree“ und „High-School-Certification“ können als Mitglieder der Prüfungsgremien berufen oder mit der Beurteilung der schriftlichen Abiturarbeiten beauftragt werden.
- (6) Die Aufnahme in die gymnasiale Oberstufe der John-F.-Kennedy-Schule in den Fällen der §§ 42 und 43 kann von weiteren Voraussetzungen, insbesondere Kenntnissen in der englischen Sprache abhängig gemacht werden; dabei kann eine Änderung der Sprachenfolge des Schülers oder die Zusammenfassung von fremdsprachlichem Unterricht in entsprechender Anwendung von § 37 Abs. 8 Satz 2 zugelassen werden, sofern er mindestens ein Jahr in den USA eine High-School besucht hat. Die Entscheidung trifft die Schulaufsicht auf Vorschlag der Schule.

§ 48 Weitere Schulen

- (1) Schüler des Goethe-Gymnasiums müssen die Fächer Latein oder Griechisch während der Einführungsphase als Profilkurs und während der Kursphase als Leistungskursfach wählen. Die andere dieser Sprachen muss in der Einführungsphase im Fundamentalbereich und in der Kursphase mit zwei Pflichtgrundkursen besucht werden, von denen einer in die Gesamtqualifikation eingebracht werden muss.
- (2) Schüler des Gymnasiums Steglitz müssen das Fach Griechisch mindestens bis zum Ende der Jahrgangsstufe 12 besuchen. Latein oder Griechisch muss Prüfungsfach sein.
- (3) Schüler der Bertha-von-Suttner-Oberschule, die in Klassenstufe 5 mit Latein beginnen, müssen eine Fremdsprache als Leistungskursfach wählen. Wird als Leistungskursfach nicht Latein oder Griechisch gewählt, muss eine dieser Sprachen mindestens bis zum Ende der Jahrgangsstufe 12 fortgeführt werden.
- (4) Schüler anderer Gymnasien, die in Klassenstufe 5 mit Latein beginnen, müssen die Fächer Latein oder Griechisch bis zum Ende der Jahrgangsstufe 13 belegen; wird jedoch eine andere Sprache als Leistungskursfach gewählt, muss Latein oder Griechisch mindestens bis zum Ende der Jahrgangsstufe 12 fortgeführt werden.
- (5) Am Oberstufenzentrum Banken und Versicherungen ist das Fach Wirtschaftswissenschaft in der Einführungsphase als Profilkurs, in der Kursphase als Leistungskursfach oder als drittes Prüfungsfach verbindlich. § 8 gilt mit der Maßgabe, dass für alle Schüler die Stundentafel gemäß § 7 Abs. 1 gilt.
- (6) Für die Schulfarm Insel Scharfenberg gelten folgende Besonderheiten:
 1. Während der gesamten Einführungsphase nehmen alle Schüler zusätzlich zu dem nach Anlage 1a vorgesehenen Pflichtunterricht an einem philosophischen Kolloquium im Umfang von zwei Wochenstunden teil; die Note für das Kolloquium bleibt bei Entscheidungen über die Versetzung außer Betracht. Über die nach Anlage 1a im Rahmen des Pflichtunterrichts vorgeschriebenen Basis- und Profilkurse hinaus können keine weiteren solchen Kurse besucht werden.
 2. Abweichend von § 15 ist das Leistungskursfachangebot durch eine Schwerpunktbildung im sprachlich-literarisch-künstlerischen und im mathematisch-naturwissenschaftlich-technischen Aufgabenfeld eingeschränkt.

Zusätzlich zu den Verpflichtungen gemäß § 16 sind vom Schüler entweder in einem seiner Leistungskursfächer zwei zusätzliche Kurse gemäß § 11 Abs. 3 oder stattdessen entweder zwei Grundkurse des Faches Darstellendes Spiel oder, sofern das Fach gemäß § 3 genehmigt ist, des Faches Informatik als Pflichtgrundkurse zu besuchen.

- (7) Für die Heinrich-Hertz-Oberschule gelten folgende Besonderheiten:
 1. Abweichend von § 15 Abs. 4 muss Mathematik, Physik oder Chemie erstes Leistungskursfach sein.
 2. Abweichend von § 15 Abs. 3 müssen zwei Prüfungsfächer aus dem dritten Aufgabenfeld gewählt werden.

3. Im Rahmen der Belegverpflichtungen nach § 16 Abs. 1 sind entweder in Physik oder in Chemie in jedem Kurshalbjahr je ein Pflichtgrundkurs zu belegen. Die Kurse des ersten und des zweiten Kurshalbjahres müssen nicht in die Gesamtqualifikation eingebracht werden, wenn stattdessen zwei Grundkurse aus der anderen der beiden Naturwissenschaften eingebracht werden.

Abweichend von Anlage 1a, Anmerkung e, wird Informatik als zweistündiger Unterricht erteilt und kann zusätzlich zu den in Anmerkung e vorgesehenen zusätzlichen Kursen besucht werden.

(8) Für die Georg-Friedrich-Händel-Oberschule und die Carl-Philipp-Emanuel-Bach-Oberschule gelten folgende Besonderheiten:

1. Musik muss zweites Leistungskursfach sein.
2. Im Fundamentalebereich wird Musik unterrichtet. Im Profilibereich ist Musik zweiter Profilkurs.

(9) Für die Johann-Gottfried-Herder-Oberschule gelten folgende Besonderheiten:

1. Abweichend von § 15 Abs. 4 muss die erste Fremdsprache erstes Leistungskursfach sein.
2. Abweichend von § 15 Abs. 3 ist Politikwissenschaft als drittes oder viertes Prüfungsfach zu wählen.
3. Abweichend von § 16 Abs. 1 ist entweder in der zweiten oder in der dritten Fremdsprache zusätzlich in jedem Kurshalbjahr ein Pflichtgrundkurs zu besuchen.

Ergänzend zur Anlage 1a gilt, dass in der ersten Fremdsprache ein Profilkurs besucht werden muss. Außerdem ist in Französisch ein zusätzlicher Basiskurs zu besuchen. Der Unterricht in Geschichte/Politikwissenschaft und in Erdkunde/ Politikwissenschaft ist zweistündig.

(10) Für die Staatliche Ballettschule Berlin und Schule für Artistik gelten folgende Besonderheiten:

1. Aufgenommen werden Schüler, die die Voraussetzungen für den Übergang oder die Aufnahme in die gymnasiale Oberstufe gemäß den § 6 oder § 7 erfüllen und die für die spezifische künstlerisch-sportliche Ausbildung tänzerisch geeignet sind. Bei Schülern, die neu aufgenommen werden, muss die tänzerische Eignung von den Fachlehrkräften bestätigt werden; zusätzlich ist ein aktuelles Gutachten eines von der Schule benannten Orthopäden vorzulegen. Dies gilt auch für Schüler, die später in den Bildungsgang eintreten. Über die Aufnahme entscheidet der Schulleiter.
2. Abweichend von § 7 Abs. 7 Satz 2 ist die Probezeit auch dann nicht bestanden, wenn die Leistungen in Sport/Tanz im Fundamentale- und im Profilibereich nicht mindestens mit „ausreichend“ bewertet wurden; abweichend von § 9 Abs. 2 wird ein Schüler auch dann nicht in die Kursphase versetzt, wenn seine Leistungen in Sport/Tanz nicht mindestens mit „ausreichend“ bewertet wurden.
3. Für den Unterricht in der Einführungsphase gilt Anlage 1 a gemäß § 7 Abs. 1 mit der Maßgabe, dass abweichend im Fundamentalebereich Deutsch und Englisch jeweils mit drei Wochenstunden unterrichtet werden und anstelle von Sport Sport/Tanz unterrichtet wird; im Profilibereich ist Sport/Tanz zweiter Profilkurs.
4. Als Sprachenfolge wird Englisch als erste und Französisch als zweite Fremdsprache festgelegt.
5. (weggefallen)
5. Während der gymnasialen Oberstufe müssen alle Schüler an fünf Wochentagen mit jeweils zwei Unterrichtsstunden an einem Training in Klassischem Tanz teilnehmen.
6. Sport/Tanz muss zweites Leistungskursfach sein.
7. § 40 findet keine Anwendung; für Sport/Tanz gilt Folgendes:
 - a) Sport/Tanz wird mit der verbindlichen Kursfolge Jazz Dance, Modern Dance, Tänzerische Gestaltung, Klassischer Tanz unterrichtet.
 - b) Sport/Tanz besteht aus einem Teilkurs Theorie im Umfang von zwei Unterrichtsstunden und einem Teilkurs Praxis im Umfang von drei Unterrichtsstunden je Woche. Kann ein Schüler aus gesundheitlichen Gründen in einem der ersten drei Kurshalbjahre nicht an dem Praxisteil teilnehmen oder die erforderlichen Leistungen erbringen, werden die Abschlusstests des fehlenden Teilkurses im folgenden Kurshalbjahr abgelegt und bei der Note des vorausgegangenen Kurshalbjahres berücksichtigt. Bei darüber hinausgehenden krankheitsbedingten Einschränkungen muss der

Schüler in den folgenden Jahrgang zurücktreten, sofern er nicht den Bildungsgang nach Nummer 9 zu verlassen hat.

- c) In Sport/Tanz wird eine besondere Fachprüfung mit einem praktischen und einem theoretischen Abschnitt durchgeführt, die insgesamt als schriftliche Prüfung gilt. Die Termine für den praktischen Abschnitt werden vom Schulleiter im Einvernehmen mit dem Vorsitzenden der Prüfungskommission bestimmt; sie liegen vor der Vorkonferenz. Die Ergebnisse des praktischen Abschnitts müssen bei der Vorkonferenz vorliegen. In dem für den praktischen Teil der Prüfung nach § 22 zu bildenden besonderen Fachausschuss ist der Vorsitzende der Prüfungskommission gleichzeitig Vorsitzender des Fachausschusses, die weiteren Mitglieder müssen in der jeweiligen Fachrichtung ihre Lehramtsprüfung abgelegt oder unterrichtet haben. Im theoretischen Abschnitt wird eine schriftliche Prüfung in zeitlichem Zusammenhang mit den anderen schriftlichen Prüfungen durchgeführt. § 20 Abs. 3 Satz 2 und 3 wird nicht angewandt. Die Leistungen im praktischen und im theoretischen Teil werden im Verhältnis 1 : 1 zusammengefasst.
 - d) Bei nicht nur kurzfristiger krankheitsbedingter Beeinträchtigung der Prüfungsfähigkeit kann die Schulaufsicht auf Antrag
 - aa) den Ersatz durch eine andere Tanzart oder
 - bb) die Bewertung einzelner Prüfungsteile mit null Punkten zulassen oder
 - cc) auf einzelne Teile des praktischen Abschnitts verzichten oder
 - dd) den praktischen Abschnitt durch eine zusätzliche mündliche Prüfung ersetzen.
 - e) Kann ein Kandidat aus gesundheitlichen Gründen im vierten Kurshalbjahr nicht an der Praxis teilnehmen oder die erforderlichen Leistungen nicht erbringen, so wird ersatzweise der fehlende Teilkurs im folgenden Schulhalbjahr nachgeholt. Der gesamte mündliche Prüfungsabschnitt wird ausgesetzt und im nächsten Schulhalbjahr zu den entsprechenden Terminen nachgeholt; zur Prüfungsvorbereitung ist die Teilnahme am Unterricht des folgenden Jahrganges auch in den übrigen Prüfungsfächern ohne Leistungsbewertung zu gestatten. Bestehen die gesundheitlichen Einschränkungen weiter, gilt Buchstabe d entsprechend.
8. Unabhängig von den Leistungen in den übrigen Fächern muss die Schule verlassen werden, wenn die weitere Teilnahme am Unterricht im künstlerisch-sportlichen Bereich die Gesundheit eines Schülers unvertretbar gefährden würde oder wegen der körperlichen Entwicklung oder anderer physiologischer Gründe ein erfolgreicher Abschluss der Schule ausgeschlossen erscheint. Die Entscheidung trifft die Klassenkonferenz oder der Oberstufenausschuss unter Vorsitz des Schulleiters auf der Grundlage fachärztlicher Gutachten.
9. Beim Wechsel in die gymnasiale Oberstufe einer anderen Schule bleiben bei der Entscheidung über die Aufnahme die Leistungen im Fach Sport/Tanz außer Betracht.
- (11) Für Schüler des Coubertin-Gymnasiums, der Flatow-Oberschule und der Werner-Seelenbinder-Schule gelten folgende Besonderheiten:
- 1. Abweichend von § 15 Abs. 8 ist Sport zweites Leistungskursfach mit zwei Stunden Theorie und drei Stunden Praxis in jedem Kurshalbjahr. Abweichend von § 40 Abs. 1 werden die Kurse in Sportpraxis nur in Leistungsstufe III durchgeführt. Theorie und Praxis sind in jedem Kurshalbjahr aufeinander abzustimmen. In der gleichen Sportart dürfen Teilkurse nur mit abweichenden Inhalten zweimal belegt werden. Wird ein Teilkurs mit null Punkten abgeschlossen, so gilt der gesamte Leistungskurs als nicht belegt.
 - 2. In der Abiturprüfung wird eine besondere Fachprüfung mit einem praktischen und einem theoretischen Teil durchgeführt, die insgesamt als schriftliche Prüfung gilt. Die Ergebnisse des praktischen Teils müssen zur Vorkonferenz vorliegen. Im theoretischen Teil wird die schriftliche Prüfung im zeitlichen Zusammenhang mit den anderen schriftlichen Prüfungen durchgeführt. § 20 Abs. 3 Satz 2 wird nicht angewandt. Die Leistungen im praktischen und im theoretischen Teil werden im Verhältnis 1:1 zusammengefasst.

ABSCHNITT VIII Übergangs- und Schlussbestimmungen

§ 49 Übergangsbestimmungen

(1) § 7 Abs. 3 ist vor dem 1. August 2005 nicht anzuwenden. Bis zu diesem Zeitpunkt ist § 7 Abs. 2 Satz 2 in der bis zum 31. Juli 2004 geltenden Fassung anzuwenden.

(2) Bis zum Schuljahr 2006/2007 gelten die §§ 21, 22 und 29 mit folgenden Maßgaben:

1. Abweichend von § 21 Abs. 1 Satz 1 Halbsatz 2 können zu Mitgliedern der Prüfungskommission auch Lehrer bestimmt werden, die nicht der Studienratslaufbahn angehören, aber ihre Lehrbefähigung in der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik erworben haben und in der gymnasialen Oberstufe unterrichten oder Mitarbeiter der Schulaufsicht über Gymnasien sind.
2. § 21 Abs. 3 findet keine Anwendung, wenn der Schulleiter die Voraussetzungen der Nummer 1 erfüllt.
3. Abweichend von § 22 Abs. 1 Satz 2 braucht der Vorsitzende des Fachausschusses nicht die Befähigung zur Anstellung als Studienrat zu besitzen, muss dafür in der Regel jedoch in der gymnasialen Oberstufe unterrichten und seine Lehrbefähigung in der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik erworben haben.
4. § 29 Abs. 2 Satz 2 findet keine Anwendung, wenn mindestens einer der Lehrer die Voraussetzungen der Nummer 1 erfüllt.

(3) Schüler, die vor dem 1. August 2004 in die gymnasiale Oberstufe eingetreten sind, führen ihren Bildungsgang nach den Vorschriften der Verordnung in der bis zum 31. Juli 2004 geltenden Fassung fort. Treten Schüler dieser Jahrgänge im Schuljahr 2004/5 erneut in die Einführungsphase ein, führen sie ihren Bildungsgang nach dieser Verordnung in der ab dem 1. August 2004 geltenden Fassung fort. Schüler dieser Jahrgänge, die im Schuljahr 2004/5 am Ende ihres zweiten Kurshalbjahres oder im Schuljahr 2005/6 spätestens im Zusammenhang mit der Zulassung zum Abitur in das zweite Kurshalbjahr zurücktreten, führen ihren Bildungsgang nach dieser Verordnung in der ab dem 1. August 2004 geltenden Fassung fort; abweichend von § 10 Abs. 1 gelten für die fünfte Prüfungskomponente die Vorschriften der Verordnung in der bis zum 31. Juli 2004 geltenden Fassung. Bei Schülern, die im Schuljahr 2005/6 erstmalig das Abitur nicht bestehen, trifft die für das Schulwesen zuständige Senatsverwaltung die notwendigen Anordnungen, um ihnen die Beendigung ihres Bildungsgangs zu ermöglichen. Für Schüler, die zum 1. August 2003 in die gymnasiale Oberstufe eingetreten sind und im Schuljahr 2004/5 für einen Schulbesuch im Ausland beurlaubt werden, gilt nach Wiedereintritt in den gymnasialen Bildungsgang § 12 Abs. 1 Satz 3 in Verbindung mit § 41 Abs. 2 Satz 6 entsprechend.

(4) § 34 Abs. 2 bis 4 gilt für Schüler, die nach dem 31. Januar 2004 die gymnasiale Oberstufe ohne Abschluss des Bildungsgangs verlassen.

§ 50 In-Kraft-Treten

Diese Verordnung tritt am 1. August 1984 in Kraft.